



Schweiz- tümmelei

Die Rückkehr des identitären Sonderfalls – die neue Einheit von Volk, Elite und Staat in der Mythen-Schweiz **Seite 3**

Von links dagegenhalten

Die Herkunft der national-konservativen Dominanz. Eine Analyse von links und was wir dagegen tun könnten **Seite 6**

Ungerechte Verteilung

Die ökonomische und soziale Realität: Klassenkampf von oben **Seite 12**

Der Feind hockt überall

Ein nicht repräsentativer Besuch in Unteriberg. Ist das unsere Zukunft? **Seite 20**

Intervenieren!

Die Schweiz: ein Land, umrankt von ideologisch ausgeschlachteten Mythen und Zuschreibungen, mit denen Gesellschaftspolitik betrieben wird; die das Land, in dem wir Alle wohnen, abgeschotteter, unsozialer und identitärer werden lässt.

Wir haben genug von der nationalkonservativ-reaktionären Walze, die alles Progressive und Emanzipatorische wegdrückt und diffamiert. Wir haben genug von der offiziellen Linken, die mit einer eigenen Mythologisierung dieses Konzept (un)bewusst mitträgt. Aus diesen Gründen publizieren wir «Halts Maul, Schweiz!». Damit versuchen wir uns, sachlich fundiert von radikal links, mit Beiträgen verschiedenster Art in einer eigenen Analyse der Situation. Um zu benennen und aufzudecken, um Vorschläge einzubringen und den Mut anzustacheln, Widerstand und neue Perspektiven gegen diese unerträgliche Schweizisierung zu entwickeln. Um uns in den Weg zu stellen...

«Halts Maul, Schweiz!» wird herausgegeben vom Verein antidot und versammelt nebst eigenen Texten auch Beiträge von FremdautorInnen, die aus unterschiedlicher Perspektive Fragen aufwerfen, Gegenpositionen einnehmen und sich nicht positiv auf den Sonderfall Schweiz beziehen. Die Zeitung wird in einer Auflage von 25'000 Exemplaren herausgegeben, der Gesamtauflage der WOZ beigelegt und in den nächsten Wochen auf diversen Wegen unter die Menschen gebracht.

Meldet euch bei uns, wenn ihr weitere Exemplare der Zeitung wollt oder sonst eine Anregung habt!

Für antidot:
Reto Plattner

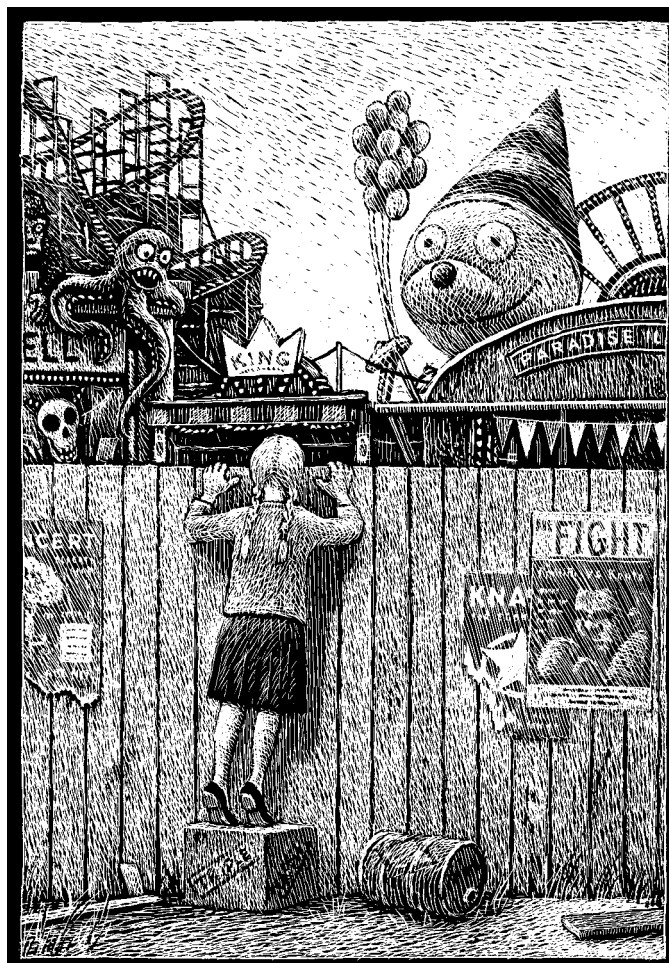


Abbildung aus R.I.P. – BEST OF 1985–2004 von Thomas Ott
© 2010 Verlag bbb Edition Moderne AG, Zürich

antidotincl.

Impressum «Halts Maul, Schweiz!» – ein antidotincl. – wird herausgegeben vom Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich **Verantwortliche Redaktion:** Reto Plattner, Walter Angst **Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Anja Peter, Mischa Brutschin **Auflage:** 25 000 Exemplare **Konzept, Layout:** potzdonnerwetter.ch **Kontakt** admin@antidotincl.ch **Redaktion:** redaktion@antidotincl.ch **Inserate:** inserate@antidotincl.ch **Briefadresse:** Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich

Konto PC 85-615659-1, Verein antidot, 8036 Zürich
September 2011

Vereinsmeierei

antidotincl. online Gutes braucht bekanntlicherweise Zeit: nach fünf Jahren Druckerschwärze gehen wir mit antidotincl. endlich auch online. Auf www.antidotincl.ch findest Du alle Artikel und noch viel mehr. Ebenfalls stellen wir im Archiv die bisherigen Nummern von antidotincl. zur Verfügung. Aber keine Angst: antidotincl.ch ist nicht das Ende der Printpublikation von antidotincl.: Unser Blatt wird weiterhin zu verschiedenen Themen ab und an in der WOZ als Beilage oder in den einschlägigen Orten aufgelegt anzutreffen sein...

Spenden Zeitungen zu produzieren ist nicht gratis. Websites zu betreiben leider auch nicht. Und auch politische Interventionen kosten immer wieder Geld. Alle drei Sachen sind aber immer wieder notwendig – wie so vieles Andere. Und wir haben Lust darauf! Wenn ihr uns finanziell unterstützen wollt, dann freuen wir uns und bedanken uns dafür. Unsere **Kontoverbindung:** PC 85-615659-1, Verein antidot, 8036 Zürich. Merci!

Wie weiter? Wenn ihr «Halts Maul, Schweiz» in den Händen haltet, haben wir einen ersten Schritt getan. Aber wir wollen noch mehr, mit Euch zusammen. Wir sind ja nicht allein, wir sind mehr als wir denken. Wir als HerausgeberInnen denken darüber nach, Diskussionsveranstaltungen zu organisieren, um Reaktionen auf die Zeitung zusammenzutragen. Und gemeinsam mit Euch einen nächsten Schritt zu machen. Schaut nach auf unserer Website, was unsere Ideen sind. Oder macht selber Vorschläge und meldet euch bei uns! Auf dass etwas von links in Bewegung kommt gegen die reaktionäre identitäre Hetze.

ANZEIGE

INTER Comestibles
URBANE GETRÄNKELIEFERUNGEN

Nicht nur im Durst sind alle gleich.

Hauslieferdienst, Gastro- und Festservice Telefon: 044 274 10 10 www.intercomestibles.ch

ALTER KASTEN. NEUER INHALT!

www.antidotincl.ch ab 1.9. online

Die Zukunft – jenseits von Sonderfall und Schweiztümmelei

Ich weiss, dass die Strassen schon fast permanent verstopft sind, dass man im Zug wenig Platz findet.

Johann Schneider-Ammann, Bundesrat, NZZ, 15. Mai 2011

Wir feiern den festen Boden, den wir dank unseren Vorfahren unter unseren Füssen haben. Wir feiern die Freiheit, die sie miteinander schufen. Wir feiern, dass wir ... eine Heimat haben.

Christian Levrat, Parteipräsident, 1. August 2011

Jetzt führen wir einen Wirtschaftskrieg gegen alle, die auf den Franken gehen und werfen alle Mittel, die wir haben, in die Waagschale ... Es gibt Inflationsgefahr. Die muss man auf sich nehmen. Das ist halt so in kriegsähnlichen Zuständen, da muss man auch Nachteile auf sich nehmen.

Christoph Blocher, Chefstrategie, 10vor10, 11. August 2011

Als die Bevölkerungspolitiker der Vereinigung ecopop im Mai ihre «Stopp-der-Überbevölkerung»-Initiative lanciert haben und die Schweiz ernsthaft über die Ideen der Verhütungseiferer zu debattieren begann, konnte man schon ahnen, dass das Elend nicht mehr zu stoppen wäre. Drei der vier Bundesratsparteien hatten beschlossen, ihren Wahlkampf mit schweiztümelnenden Slogans zu führen («Schweizer wählen SVP», «FDP – aus Liebe zur Schweiz», «Erfolg, Schweiz. CVP»). Die Vierte zog mit der Verteilung von 50'000 1.-August-Weggli und einem Manifest («Schaffen wir eine sozialdemokratische Heimat») nach.

Die Rückkehr des «einig Volk von Brüdern» Das gemeinsame Gerede von «Volk» und «Elite» über das Gedränge im Morgenzug, den Stau auf der Autobahn und den Dichtestress hatte die vor einem Jahr noch heftig geführten Kulturkämpfe um Minarett- und Ausschaffungsinitiative abgelöst. Als sich mitten im Sommer auch noch «die Märkte» gegen den Schweizer Franken zu verschwören begannen, weil die EU und Obama ihr Haus nicht richtig bestellen können, war klar: Der «Sonderfall», der das kurze 20. Jahrhundert der Schweiz geprägt hatte – und den wir vor zwanzig Jahren nach Schweiz-ohne-Armee, Fichenskandal und Kulturboykott vertrieben glaubten –, ist zurückgekehrt. Sie ist wieder da, die Eidgenossenschaft der Neokonservativen, das enig Volk von Brüdern und Schwestern, das in schweren

Zeiten gegen fremde Vögte zusammensteht, um das Land zu verteidigen.

Das Neue an der SVP In der politischen Bundes-Sphäre wird der Graben zwischen den Outlaws von der SVP und dem konkordanten Rest zwar weiter kultiviert. Die Zeiten, in denen die Rechtspopulisten nur die noch ans Reduit glaubende und von «Modernisierung» und «Globalisierung» verunsicherte Landgeneration mobilisiert hatten und mit ihrem Trommelfeuer gegen Ausländer und Sozialschmarotzer Mehrheiten für neoliberale Reformen möglich machten – Mehrheiten, die die FDP allein nie hätten durchsetzen können –, sind aber vorbei. Vorbei ist es mit der trügerischen Sicherheit, dass Globalisierungsgewinner und urbane Schweiz den Gruselien von rechts auf Dauer einen Riegel schieben würden.

Das Neue an der SVP des Jahres 2011 ist nicht, dass sie im Oktober die Dreissig-Prozent-Hürde knacken will, sondern dass ihre zentralen Ideologieelemente zu einem politischen Einheitsdiskurs geworden sind, von dem sich abzusetzen niemand mehr erlauben kann, der sich nicht ins Off begeben will.

Volk, Elite, Staat Während Blocher den Wirtschaftskrieg ausruft und gemeinsam mit dem von der SVP wegen seinen Eukäufen (und den damit eingefahrenen Verlusten) als Staatsfeind gebrandmarkten Nationalbankpräsidenten Hildebrand für den Franken kämpfen will, ist der Weg frei für eine neue Welle neoliberaler Reformen (Revitalisierungsprogramm) ... und neue Tabubrüche. Wo wir heute dabei stehen, zeigt die aktuell offen gegen Völkerrecht, Gesetze und hypokratischen Ärzteeid verstossende Forderung des Polizeibeamtenverbandes, renitente Ausländer für die Ausschaffung ruhig zu spritzen.

Der Lenzburger Arzt Armin Oberle hat in der Ärztezeitung vom 18. Mai 2011 zur Frage der Beteiligung von Ärzten an Ausschaffungen geschrieben: «Wenn aber eine Ausweisung begründet, rechtlich abgesichert und der Auszuschaffende mit keiner andern Massnahme zu überzeugen ist, kann der Arzt eine notwendige Mitarbeit nicht verweigern. Er ist schliesslich Mitbürger auch mit Pflichten und kann

nicht einfach sagen, dass staatliche Massnahmen ihn nichts angehen.» Besser kann man die neue Einheit von Volk, Elite und Staat nicht zum Ausdruck bringen.

Feinde der Zivilisation Kann aus dem neuen «Heil Dir, Helvetia» noch einmal ein stabiles helvetisches Modell entwickelt werden? Zweifel sind angebracht. Keime eines «emanzipatorischen Potentials», die das helvetische Nationalbewusstsein des 20. Jahrhunderts noch in sich trug – was sich im Ausbau der Sozialversicherungen, der Bildungsreform oder der Einführung des Frauenstimmrechts materialisierte –, können im neuen Sonderfall-Geschwätz definitiv nicht mehr erkannt werden.

In seinem bemerkenswerten Text zur Finanzkrise (Der rechte Abschied von der Politik. TA, 6.8.11) kommt Constantin Seibt zum Schluss, dass es sich lohne, «gegen die neue Rechte anzutreten: Sie sind keine konservative Partei, sondern eine revolutionäre. Sie sind eine Gefahr für die Wirtschaft. Sie sind Totengräber der Mittelklasse. Und Verbündete einer neuen Oligarchie des Geldes. Sie sind die Feinde der Zivilisation».

Das trifft wohl zu. Die Frage aber ist: Kann man im Verbund mit der alten Rechten und ihren linksliberalen und linksnationalistischen Freunden gegen die neue Rechte antreten?

Jenseits der Mythenschweiz «Halts Maul, Schweiz!» könnte der alternative Versuch genannt werden, dem Sonderfall und der Schweiztümmelei den Rücken zu kehren und herauszufinden, was eigentlich passiert ist. Warum es neben den SchweizerInnen nur noch «Müll-Kosovaren», aber kein Oben und Unten mehr gibt? Woher die Barrikaden in den Köpfen kommen – und wer sie gebaut hat? Vielleicht kann daraus wieder ein internationalistisches Projekt wachsen, das sich an jenen orientiert, die nicht mitgemeint sind, wenn über den starken Franken und die starke Schweiz geredet wird; ein Projekt, das das globale Oben und Unten im Auge behält und den Horror der Mythen-Schweiz hinter sich lässt.

— Walter Angst, 50, lebt in Zürich und freut sich auf die Herbstferien im Urnerland.

Hilfe! Die Chinesen haben unsere SCHWEIZER Fabrik geklaut

Globalisierungsangst und nationalistische Propaganda. Karls Kühne Gassenschau, Swisscom, Chinesen – ein Blick in die Grundstimmung der mittelständischen Mehrheit.

Wir kaufen alles, was wir können, in der Schweiz ein. Billiger Euro hin oder her!» Swisscom-Boss Carsten Schlöter spricht zu 1400 Gästen, die sein Konzern an einem sonnigen Juni-Abend eingeladen hat. Karls Kühne Gassenschau gibt in der Winterthurer Industriezone das Stück «Fabrikk» – Swisscom spendiert das Ticket zur noch lange ausverkauften Show, Nachtesen und auch noch den Schlummertrunk. Schlöter hat den richtigen Ton getroffen, die Botschaft kommt an: Grosser Applaus. Swisscom ist eben eine richtige Schweizer Firma, die beim Schweizer Gewerbe einkauft, auch wenn es ein bisschen teurer ist, und nicht wie die geldgierige ausländische Konkurrenz jedem Rappen nachrennt.

Glückliches Proletariat, böse Chinesen

Die «Fabrikk» der Gassenschau ist eine kleine Schweizer Pralinenfabrik. Die ArbeiterInnen kommen aus Italien, Frankreich, der Schweiz und Jugoslawien, der Betriebsleiter ist Italiener, der speichelleckende Unterchef Schweizer und der dumme Praktikant ein Deutscher. Und alle haben sich gerne und noch lieber haben sie SCHWEIZER QUALITÄT. Ohne die geht es nicht und wenn die ArbeiterInnen zusammen die SCHWEIZER QUALITÄT (nur frische Zutaten und kleine Serien für den kleinen SCHWEIZER MARKT) produzieren, dann singt die Italienierin ein schönes italienisches Lied und gleich geht die Arbeit in der Fabrikk leichter von der Hand. Und als der Kapitalist für einen chinesischen Grosskunden eine Nachtschicht braucht, da stehen Arbeiterinnen und der Betriebsleiter zusammen, die Italienerin singt und zusammen machen sie SCHWEIZER QUALITÄT und haben sich gerne. So schön war es früher in der SCHWEIZER FABRIKK, als es noch kein Phänomen wie Globalisierung gab.

Doch oh weh: Der Kapitalist ist kein richtiger Schweizer. Ihm ist SCHWEIZER QUALITÄT egal, genauso wie dem superreichen Chinesen, der für sein vieles Geld nur Masse will und die sofort. Umso besser, wenn die ohne Frischprodukte hergestellte Massen-Praline nach Fisch schme-



ckt. Chinesen haben gerne Fisch. Doch der Betriebsleiter und sein glückliches Proletariat wollen nur SCHWEIZER QUALITÄT herstellen, was der böse Kapitalist zum Anlass nimmt, seinen fiesen Geheimplan umzusetzen. Er verlagert die Produktion nach China. Eine uniforme und uniformierte chinesische Arbeitermasse überfällt die Fabrik im Stechschritt, zersägt sie und ihre kostbaren, dem fassungslos zuschauenden SCHWEIZER PROLETARIAT liebgewordenen Maschinen, und packt alles in einen riesigen, chinesischen Container, der davon schwimmt. Das SCHWEIZER PROLETARIAT bleibt fassungslos und weinend zurück.

Sind die Chinesen auch an der nationalistischen Welle schuld? Die 1400 Swisscom-Kunden in der Vorstellung sind

Die Chinesen transportieren die Schweizer Fabrik ab, das Schweizer Proletariat bleibt im Wasser zurück.

Foto: Bernhard Fuchs

begeistert, der Applaus will kein Ende nehmen. Danach darf man als ZuschauerIn sein günstiges iPhone wieder in Betrieb setzen, man nimmt die in Malaysia genähte Regenjacke (der Stoff kam aus Indien, die Chemikalien für den Hightech-Regenschutz wurden aus Indonesien importiert) und geht mit den schicken Reebok-Tretern (in Vietnam genäht) mit seinem Swisscom-Verkäufer auf einen Schlummertrunk an die Bar. Man ist sich einig, dass es halt schon traurig sei, dass es keine SCHWEIZER INDUSTRIE mehr gibt und UNS die uniformen Heere der asiatischen BilligarbeiterInnen die ganze Arbeit weggenommen haben.

Danach geht man an den Fabrikgebäuden von Sulzer und Burckhardt Compression, wo fleissig für den asiatischen Markt entwickelt und produziert wird, vorbei zu seinem BMW.

«Fabrikk» ist ein riesiger Erfolg und die Vorstellungen sind bis Ende Oktober ausverkauft. Kein Wunder, denn die (übrigens wunderschön gemachte) Show trifft die linksnationalistische Grundstimmung der mittelständischen Mehrheit der Schweiz. Man profitiert wie verrückt von der Globalisierung und der billigen Arbeit der asiatischen ArbeiterInnen und Kinder. Auch grosse Teile der Schweizer Industrie und sowieso die Banken haben bisher vom Aufschwung Asiens profitiert. So verkaufte die Schweizer Industrie letztes Jahr für eine Milliarde Franken mehr Waren – die übrigens zum Teil wenige Meter neben der «Fabrikk» hergestellt werden – nach China, als die Schweiz umgekehrt von der «Werkbank der Welt» importiert hat. Doch die Schweizer KleinbürgerInnen profitieren nicht nur, sie haben auch Angst

Die Show trifft die linksnationalistische Grundstimmung der mittelständischen Mehrheit

um ihre Jobs, ihre Pensionskassen und vor allem davor, ihren Reichtum mit «den Chinesen» teilen zu müssen. Sie sind gegen «Auslagerung» und «Globalisierung» und für eine «SCHWEIZ», die es nie gegeben hat. Ihre Angst ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Industrie weg, Heimatliebe da, verschobene Wahrnehmung «Fabrikk» hat es gegeben und wird es weiter geben. Textilfabrikanten haben ihre Fabriken im Töss-tal geschlossen, die Näherinnen entlassen und neue in Portugal, Marokko, China, Indien, Bangladesch aufgezogen. Die einst stolze Papierindustrie ist ausgewandert, Bücher werden in Deutschland gedruckt und Ungarinnen helfen den UBS-Bankern (per Telefon), ihre Computer richtig zu bedienen. Viele der meist ausländischen ArbeiterInnen der ausgelagerten Fabriken hat man erst in die Invalidenversicherung ausgelagert, dann als ausländische IV-Betrüger und Sozialschmarotzer denunziert. Gleichzeitig aber ist die Zahl der Jobs in der Schweiz zwischen 1991 und 2009 um fast ein Fünftel gestiegen. Wie seltsam das alles ist: Die Auslagerer und Globalisierer können nicht genug «Aus Liebe zur Schweiz», Heimatliebe und Patriotismus demonstrieren, die Profiteure sehen sich als Opfer der «Chinesen» und haben Angst und die Opfer werden erfolgreich als Schmarotzer und TäterInnen diskriminiert.

— Alois Hinterfuhren. Der Journalist arbeitet beruflich für und mit der zahlungskräftigen mittelständischen Mehrheit.

Die SVP und der rechte Rand

Ideologische Bestärkung durch SVP. Durch die SVP werden fremdenfeindliche Ansichten für eine breite Öffentlichkeit salonfähig gemacht. Dadurch werden Rechtsextreme in ihrem Handeln gestärkt. Diese sehen sich nicht mehr als Randgruppe, sondern durch die Mitte der Gesellschaft bestätigt.

Die Abstimmungserfolge der Schweizerischen Volkspartei SVP bei der Ausschaffungs- und Minarettinitiative nützen die Rechtsextremen, um ihr eigenes Weltbild zu legitimieren, in dem sie daraus schliessen, dass das «Volk» hinter ihnen stehe. Wobei sie eine sehr ähnliche Vorstellung von der Bedeutung dieses Begriffes haben wie die SVP.

Zum «Volk» gehört dabei nur derjenige, dessen Familie seit Generationen in der Schweiz lebt, weiss ist und einen schweizerisch klingenden Namen hat. Menschen, die ihre Meinung nicht teilen, werden als Gegner angesehen, welche dem «Volk» nur Schaden zufügen wollen. Diese Andersdenkenden werden aus der «Volksgemeinschaft» ausgeschlossen.

SVP ganz Rechts Durch den Erfolg und den rechtsextremen Kurs der SVP wird der Raum rechts von ihr knapp. So wird wohl auch nach den nächsten Wahlen, bis auf lokale Ausnahmen in den Kantonen Genf und Tessin, keine Partei rechts der SVP im Parlament sitzen. Es ist so, wie Blocher es wollte: Es gibt keine wirkliche Partei rechts von seiner Partei mehr. Die Freiheits-Partei/Die Auto-Partei nennt sich wieder so wie früher – und die Schweizer Demokraten, die zu Beginn der 1990er Jahre noch eine Fraktion im Parlament bilden konnten, spielen auf nationaler Ebene keine Rolle mehr.

Und die dem Naziskinhead-Netzwerk Blood & Honour entstammende Neonazi-Partei PNOS vegetiert mit nur einem Sitz in einem kommunalen Parlament seit Jahren vor sich hin und verliert immer mehr an tra-

genden Figuren. Sie wird im Kanton Bern, dem einzigen Kanton, in welchem sie zu den Nationalratswahlen antritt, erfahrungsgemäss unter einem Prozent Wähleranteil bleiben.

SVP bietet Geld und Macht

Im Gegensatz zur SVP bieten die kleinen Parteien kaum Karrierechancen. Die SVP kann in ihrer Verwaltung bezahlte Posten anbieten, und die Kandidaten und einige wenige Kandidatinnen haben eine intakte Chance, ein Mandat in einem Parlament oder einer Kommission zu ergattern. Dazu kommt das grosse Budget der Partei, das die politische Arbeit erleichtert. Rechtsextreme, die der SVP beitreten wollen, müssen ihre Ideologie kaum verstecken; in letzter Zeit kam es vermehrt zur Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremen und der SVP.

Grenzen weichen sich auf

Wie das geht, lässt sich am Diskurs der SVP Luzern über die Beteiligung Rechtsextremer an der jährlichen Schlachtfeier in Sempach nachverfolgen. Seit Jahren läuft am offiziellen Umzug zu Beginn des Sommers das Nonplusultra der Schweizer Neonaziszene durch das Inner-schweizer Städtchen.

Als von antifaschistischer Seite und durch die lokale Juso-Sektion Druck auf die Veranstalter ausgeübt wurde, liess sich die SVP Luzern auf ihrer Homepage zur Behauptung hinreissen, sie habe an der «Schlachtjahrzeit» noch nie Neonazis gesehen. Im Kantonsparlament verharmloste sie die Neonazis als «friedliche und anständige junge Patrioten». Dabei unterschrieb auch der Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP), dem neu auch der Staatsschutz unter-

stellt ist, eine Petition, die jegliches Agieren gegen die Neonazis ausschloss und nichts am bisherigen Verlauf der Veranstaltung ändern möchte. So fühlen sich die Neonazis in ihrer Ideologie durch die wählerstärkste Partei bestätigt.

SVP besucht europäische Rechtsextreme

Der jurassische SVP-Nationalrat Dominique Baettig, der schon in den 1970er Jahren in rechtsextremen Gruppierungen aktiv war, unterhält gute Beziehungen zu der auch in Genf aktiven französischen Bewegung der «Identitaires». Er folgte der Einladung der nebst dem «Front National» zweitwichtigsten rechtsextremen Gruppierung Frankreichs zu einem Treffen in der Provence. Im Nachhinein behauptete Baettig, nicht gewusst zu haben, dass es sich um eine rechtsextreme Veranstaltung handelte. Und das Walliser SVP-Aushängeschild Oskar Freysinger hält Vorträge bei rechtsextremen Parteien in ganz Europa und erhält dadurch die gesuchte Öffentlichkeit auch in der Schweiz.

Die Rechtsextremen werden kurz gesagt auf der einen Seite in ihren Inhalten durch die SVP gestärkt. Auf der anderen Seite knüpft diese den klassischen Rechtsextremen jedoch Personal und Ressourcen ab, so dass sie in der politischen Landschaft unbedeutend werden. Durch die ideologische und personelle Öffnung gegen Rechts sichert sich die SVP den hegemonialen Status im rechten Lager.

— Antifa Bern. Die Gruppe dokumentiert Fakten zum rechten und rechtsradikalen Milieu. Sie betreibt die Homepage www.antifa.ch.

« Wichtig ist, sich als Linke etwas zu getrauen »

Gespräch mit Niggi Scherr. Woher kommt die politische Dominanz der Nationalkonservativen und was sind die Hintergründe ihrer hegemonialen Diskurskraft? Wieso beherrscht der identitäre Rückzug auf die Schweiz die politische Diskussion? Antworten und Erklärungen zur politischen Entwicklung der letzten Jahre in der Schweiz und den Notwendigkeiten für eine Linke in einem Gespräch mit Niggi Scherr, Gemeinderat in Zürich.



Niggi Scherr (67 Jahre) ist seit 1972 in Zürich politisch aktiv. Zuerst als Zürcher Parteisekretär der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz), seit 1978 als Parlamentarier im Zürcher Gemeinderat, in dem er heute die Alternative Liste AL vertritt. Lange Jahre war Niggi Scherr Geschäftsleiter des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbands.

Niggi, seit vier Jahrzehnten bewegst du dich als Linker in der institutionellen Politik. Was ist in der Schweiz in dieser Zeit geschehen, wie konnte es zu der heutigen nationalkonservativen Dominanz kommen?

Der Fall der Mauer 1989 und das Ende der Systemkonkurrenz waren ein entscheidender Einschnitt. Die Wenigsten von uns hatten ein gläubiges Verhältnis zum real existierenden Sozialismus. Aber wir hatten unterschätzt, dass allein die Existenz eines Antagonisten zum dominanten imperialistisch-kapitalistischen System Raum für Veränderungen bot. In den 1990er Jahren spürten wir schmerzlich, dass ein «grosser Bruder», der nicht unser Wunschbruder war, uns aber innenpolitisch sowohl lokal als auch national Spielräume offenhielt, weggefallen war. Wir konnten als Linke in diesem Spannungsfeld eine sozialpolitische Reformpolitik verfolgen, aber es gab ebenso beinharte Limiten, wie weit Veränderungen gehen können. In den 1990er Jahren wurde alles offener; die Systemgrenzen fielen weg, aber auch der antagonistische Gegendruck...

Und dann?

Dann kamen die Phänomene, die man pauschal als Globalisierung bezeichnet, die letztlich aber pure Prozesse der Deregulierung sind. Sozialpartnerschaftliche Errungenschaften aus der Kalten-Kriegs-Aera wurden abgewrackt. Als vermeintlich schützender Gegenpol dazu baute sich eine nationalkonservative Rechte auf, die die Globalisierungs-Ängste ausschaltete und die Leute in ein geistiges Reduit einbunkerte. In einer zunehmend deregulierten Welt zu leben, ist etwas, was bei den Menschen keine Begeisterungstürme auslöst, weil es permanente Veränderungen mit sich bringt.

Die Linke dagegen schlingerte herum... Ein Teil begann einen Flirt mit der Marktorientierung. Zur gleichen Zeit entwickelte die EU (Europäische Union) den Plan zur vertieften europäischen Integration, also der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Vorläufer des Euro. Viele Linke sahen darin die Chance für ein soziales Projekt. Das war auch der Kurs der SP Schweiz unter Peter Bodenmann: ein bisschen Deregulierung und Marktorientierung und schrittweise Annäherung an die EU. Alles verbunden mit der Illusion, wir könnten im grösseren europäischen Rahmen einen Schutzschirm für

unsere sozialen Errungenschaften finden. Dass die EU zunehmend zum Vorreiter des stattfindenden Deregulierungsprozesses avancierte, wurde verdrängt.

Damit gab es zwei strategische Optionen: Die nationalkonservative Antwort des Rückzugs ins Reduit oder der Marsch in die EU. Weitere Optionen waren nicht präsent. In dieser unbefriedigenden Konstellation bewegen wir uns als Linke seit dem Zusammenbruch der System-Bipolarität. Zwar haben wir seither teilweise erfolgreich Schadensbekämpfung betrieben: wir haben die Strommarktliberalisierung gestoppt und die Privatisierungswelle gebremst.

Die Linke schlingerte herum... Ein Teil begann einen Flirt mit der Marktorientierung und der Europäischen Union.

Aber das ist nur defensive Erhaltung des Status Quo, darüber hinaus haben wir kaum Neues erkämpft. Wir haben bloss das Inventar, die Möbel unseres Hauses gerettet...

Was hat diese Entwicklung in der Schweiz genau ausgelöst?

Die FDP als einst staatstragende Partei verliert ja permanent an Einfluss, dafür wurde eine bis dahin relativ unbedeutende bürgerliche Partei, die SVP, zur dominanten Kraft. Dagegen steht die SP, die heute in städtischen Gebieten als staatstragende Struktur daherkommt. Was ist hier passiert?

Der Niedergang der FDP hat sicher auch mit der Zäsur von 1989 begonnen – vorher war sie die klassische Leader-Partei der alten Korporations-Schweiz, die Bastion der bürgerlichen Wertvorstellungen und (Wirtschafts-)Interessenspolitik.

In den 1960er und -70er Jahren fand innerhalb der Arbeiterbewegung und der traditionellen Linken mit den ersten Überfremdungsinitiativen der Nationalen Aktion NA die erste Abbröckelungsbewegung statt. Damals schwenkte ein wesentlicher Teil der Arbeiterbasis der SP und der Linken nach rechts und suchte protektionistischen Schutz vor der Zuwanderung. In den 1990er Jahren gelang es der SVP, diese rechten Rest-

bestände zu sammeln. Daraus hat diese – dank einer unheimlich professionellen Führung und enormen ökonomischen Mitteln – eine schlagkräftige politische Kraft gestaltet. Damit ergab sich dann natürlich eine neue politische Ausgangslage...

Die SVP ist ein klassisches Konstrukt. In der Führungsspitze sitzen Milliardäre und Banker, und zwar Spitzenleute aus dem neuen Wirtschaftsmilieu, nicht aus dem alten Establishment – also Globalisierungsgewinner. Auf der anderen Seite ist die SVP die Partei, die von Arbeitern, den Globalisierungsverlierern, am stärksten gewählt wird. Die SVP macht da einen unwahrscheinlichen Spagat.

Man sagt den Nationalkonservativen nach, sie hätten eine Diskurshegemonie und könnten Themen setzen... Drückt sich das auch in realen Resultaten des Politikbetriebs aus? Es gibt ja die These, die Nationalkonservativen seien letzten Endes real nicht durchsetzungsfähig, sondern nur laut, und die eigentlichen Gestalter seien die Sozialdemokratie und die bürgerliche Mitte. Andere meinen, es finde eher ein Marsch der SVP in kleinen Schritten statt, bei dem diese letzten Endes zu einer tatsächlichen elektoralen und gestalterischen Dominanz gelangen könnte...

Vordergründig kommen die Nationalkonservativen vielfach nicht zum Zug, weil sie vor allem in den Städten in den Exekutiven nicht mehrheitsfähig sind. In der Themensetzung aber können sie schon eine starke Wirkung entfalten. Dass beispielsweise das Thema Zuwanderung heute einen so hohen Stellenwert hat, zeigt, dass sie andere politische Kräfte zu einem anpasserischen Positionsbezug zwingen können. Nehmen wir die Ausschaffungsinitiative: Ich bin noch heute überzeugt, dass wir ohne den unseligen Gegenvorschlag diese Initiative hätten bodigen können. Nur schon das Aufstellen des Gegenvorschlags hat den Diskurs der SVP legitimiert und die Richtung ihrer Lösungsvorschläge in dieser Frage als richtig akzeptiert.

Und die politische Linke, wo steht sie in diesem Spannungsfeld?

Seit 2008 haben wir jetzt bereits drei Jahre Finanzkrise. Aus einer Schweiz Optik sah es zwischendurch danach

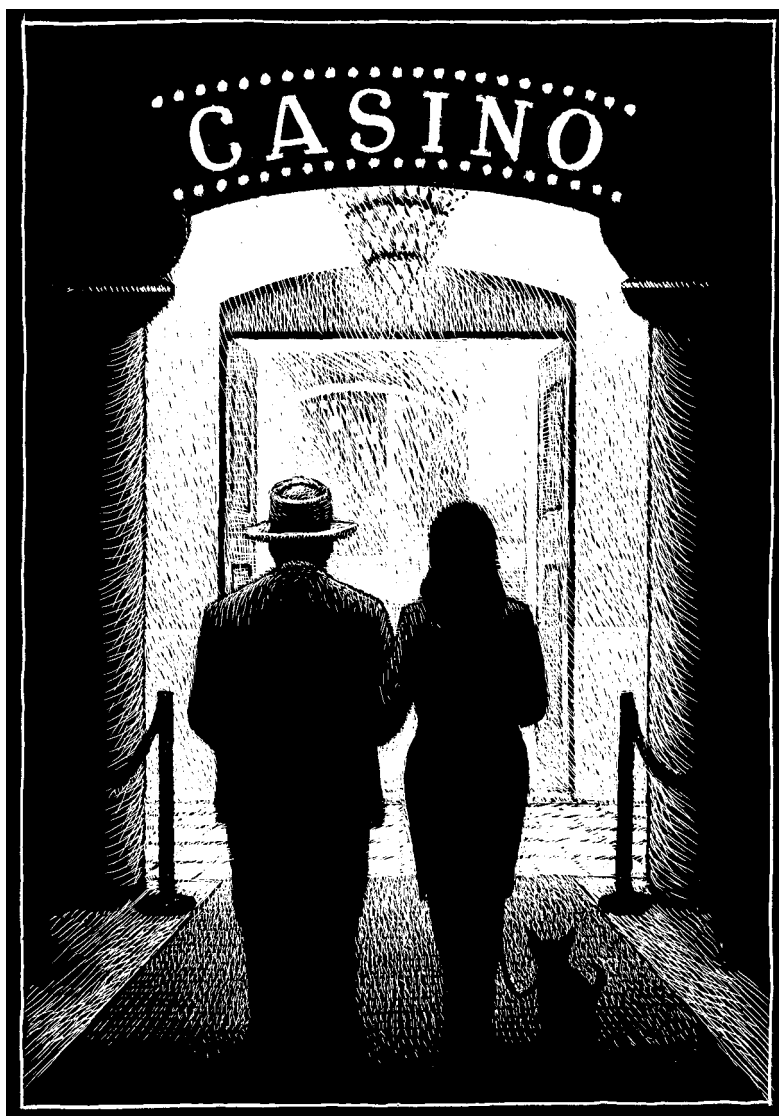


Abbildung aus THE NUMBER 73304-23-4153-6-96-8 von Thomas Ott
© 2008 Verlag bbb Edition Moderne AG, Zürich

aus, als seien wir einmal mehr mit einem blauen Auge davon gekommen. Aber jetzt fährt die Schweiz wieder in unruhigeren Gewässern, und wir wissen nicht, wie sich das auswirkt. Heute formulieren sogar traditionell bürgerliche Meinungsmacher Grundängste, dass der Kapitalismus und das System nicht tauglich sind. Und gleichzeitig ist die Linke unheimlich schwach. Dabei wäre das doch eine historische Chance, zu intervenieren und dieses profitorientierte System zu attackieren. Aber möglicherweise passiert das Gegenteil: die aktuelle Re-Nationalisierung wird noch verstärkt.

In den urbanen Zentren ist die rechtsnationale Polarisierung im Gegensatz zu ländlichen Gegenden zwar präsent, aber nicht durchsetzungsfähig...

Das ist richtig. Aber diese verkürzte These vom Gegensatz Stadt – Land in der Schweiz ist falsch. Die Schweiz

kennt einen Gegensatz zwischen Stadt und Agglomeration. Und die Agglomeration ist der Herrschaftsbereich der Nationalkonservativen. Der erste Agglo-Ring beginnt übrigens bereits in den Quartieren am Stadtrand...

Letzlich ist für die Linke entscheidend, dass sie politische Themen anreissen kann, mit denen sie die Hegemonie der Blocher-Partei über den proletarischen Teil ihrer Wählerschaft punktuell brechen kann.

Die Entwicklung verläuft bipolar: in den Städten in Richtung Rot-Grün,

in der Agglomeration Richtung Nationalkonservative. Die mediale Hegemonie ist dabei zentral. In den Städten gibt es eine minimale gemeinsame Identität, einen gemeinsam erlebten Lebensraum, über dessen Ausgestaltung im öffentlichen Diskurs gestritten wird. Das eröffnet auch einer radikalen Linken Einflussmöglichkeiten. Die Agglo ist anonym und diffuser, hier spielt die mediale Vermittlung von Inhalten eine stärkere Rolle. Das Agenda-setting und die ideologischen Positionen einer rechtspopulistischen Leaderpartei finden hier einfacher Widerhall. Es gibt im lokalen Umfeld keine Gegennetzwerke, die diese Botschaften in Frage stellen könnten. Darum kämpfen Blocher, Tettamanti, Matter & Co auch gezielt um mehr massenmedialen Einfluss. Ausgehend von einem Grundstock an Alteingesessenen hat es die SVP im Kanton Zürich geschafft, in praktisch allen Gemeinden eine funktionierende Parteiorganisation aufzubauen. Das ist die grosse strategische Leistung der Nationalkonservativen. Die SP dagegen hat lokale Organisationen aufgelöst und existiert praktisch nur noch auf Bezirksebene.

Es gibt ja das Bild der übermächtigen SVP. Stimmt das wirklich, oder ist das nicht ein Trugbild, dass die progressiven Kräfte daran hindert, zu begreifen, was eigentlich abläuft?

Ein Teil der Schwäche der Linken kommt daher, dass man den Gegner als übermächtig empfindet, sich selber aber als strukturelle Minderheit begreift und damit verinnerlicht, dass man aufs Dach bekommt. Dieser Minderheitendiskurs stinkt mir gewaltig. Letztlich ist entscheidend, dass du politische Themen anreissen kannst, mit denen du die Hegemonie der Blocher-Partei über den proletarischen Teil ihrer Wählerschaft punktuell brechen kannst. Das haben wir von der AL mit unseren Initiativen zur Einbürgerung und zur Pauschalbesteuerung gemacht. Sich ducken vor dem Gegner, alles schon im Vorfeld verloren geben: dagegen habe ich immer gekämpft. Natürlich sind wir in einer Minderheit. Aber wenn man Politik macht, muss man ja den Willen haben, in bestimmten Fragen zu einer Mehrheit zu werden.

— **Reto Plattner ist Mitglied des Vereins antidot und arbeitet in einem selbstverwalteten Betrieb.**

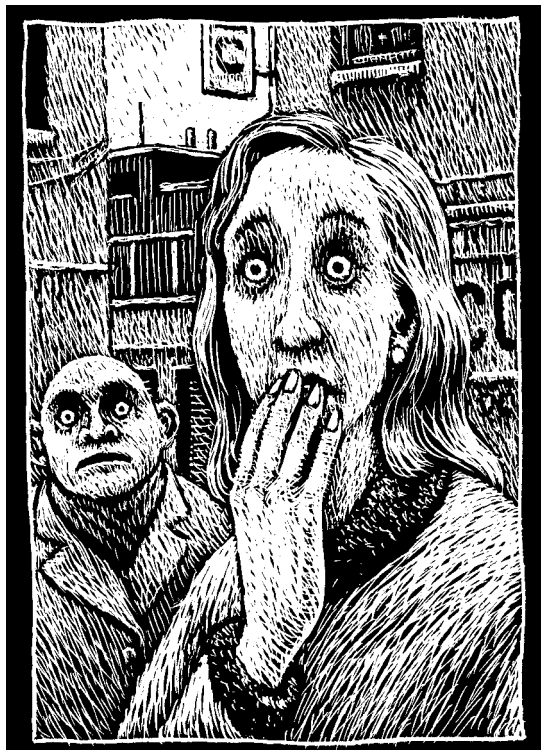


Abbildung aus R.I.P. – BEST OF 1985–2004 von Thomas Ott © 2010 Verlag bbb Edition Moderne AG, Zürich

Nimm's mal locker, Schweiz!

Es gibt keinen Grund, in Panik zu verfallen. Verbote, Verbote und nochmals Verbote:
Das untaugliche Rezept in Zeiten der Dauerhysterie.

Hooligans, Jugendliche, Schafe schlachtende Asylbewerber, kriminelle Ausländer, Vogel- und Schweinegrippe, migrierende Horden aus Nordafrika, Deutsche, AKW-Protest-Camps, Diebesbanden aus ganz Europa, Islamisten, Minarette, Fukushima, Peer Steinbrück und ganz Tottenham: Verhängt das Notrecht – die Schweiz ist bedroht! Angesichts dieser überwältigenden Masse von Bedrohungen: wie können wir bloss noch ruhig schlafen, den unmittelbaren Kollaps stets vor Augen?

Alles nicht so schlimm... Die Antwort ist einfach: Weil alles nicht so schlimm ist. Nur scheint es niemand merken zu wollen. Weshalb sie denn auch flöten geht, die vielzitierte, vermeintlich «urschweizerische» Fähigkeit, Ruhe zu bewahren. Stattdessen beherrscht uns vor allem eines: die permanente Panikmache. Sie ist seit längerem von einer schwer nachvollziehbaren Hektik im Umgang mit ihren Problemen erfasst, die liebe Schweiz. Welches bereits

reale oder auch nur möglicherweise drohende Problem auch immer auf den kleinen Alpenstaat zukommt – quält man sich durch die mediale Berichterstattung oder die Aussagen der PolitikerInnen, beschleicht einen das Gefühl, dass wir in einem Land des permanenten Notstandes leben. Das Resultat der jeweiligen Problemlösungsstrategie ist dann im Widerspruch zur meist relativ surrealen Bedrohung sehr real und stets identisch: Ein Verbot muss her! Errichtet Zäune und Käfige, sperrt ein oder aus! Woher das Übel kommt, spielt dabei keine Rolle. Manchmal kommt es von Innen, wie wir – dem Staatsschutz sei Dank – wissen. Anscheinend aber meist von Aussen. Und damit das böse Äussere nicht nach Innen dringt, muss es bereits in der Penetrationsphase unbedingt bekämpft werden. Real fassbar begegnete uns diese Hektik unlängst in der Person des Penetrators respektive Vergewaltigers Ivan S.: eine fiktive Person wird zum Sinnbild einer abstrakten Bedrohung. Surrealität vom Feinsten. Die Konsequenzen

aber sind sehr real: 52,6 Prozent JA-Stimmen zur Ausschaffungsinitiative, zum Beispiel.

Verboten, verboten, verboten
Ich verdiene meine Brötchen als «komplett überbezahlter Vollidiot auf linksextremistischem Kuschelkurs» in dem von rechtskonservativen Kreisen abschätzig «Asylindustrie» genannten Tätigkeitsbereich (diese ergreifende Anrede in einem Mail archivierte ich danach unter «Liebesbriefe»). Hier greift die Hektik täglich um sich. So berichtete beispielsweise der «Tagi-Online» Ende Juni über die Schlachtung eines Schafes auf offenem Feld durch Asylsuchende aus dem Durchgangszentrum Kollbrunn. Das Tier wurde geklaut, fachgerecht zerlegt und sein Fleisch anschliessend gelagert und verzehrt. Die Meldung amüsierte mich. Eine Straftat zwar, eindeutig. Das Stehlen eines Tieres ist verboten, klar. Armes Tier, Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen. Aber eigentlich nichts passiert, Punkt. Doch weit gefehlt. Eine Ermittlung wird

eingeleitet. Zudem wird moniert, dass die Betreiber-Firma des Durchgangszentrums, die ORS Services AG «[...] in ihrem Reglement keinen Passus [hat], der das Stehlen und Schlachten von Schafen explizit verbietet». Richtig. Lasst uns Viehdiebstahl doppelt verbieten! Nur um auch absolut sicher zu gehen, dass es nie, aber wirklich nie wieder passiert.

Frontex für Jasminrevolution Weniger amüsant, aber in der gleichen Logik verhaftet findet seit März dieses Jahres die «humanitäre Schweiz» statt. Nordafrika befreite sich von seinen diktatorischen Fesseln. Und die Menschen erfrechten sich, zu gehen. Was tat die Schweiz? Sie jubelte vordergründig und befestigte im Stillen ihre Grenzen, investierte in die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Apokalyptische Bilder von unser Land überrollenden Flüchtlingshorden wurden gezeichnet. Und eine panisch anmutende Debatte über die Abwehrstrategie kam ins Rollen. Horden? Im ersten Quartal 2011 weist die Asylstatistik des Bundesamtes für Migration (BFM) 251 Asyl-Neugesuche aus Tunesien aus (+109 im Vergleich zum Vorquartal). Für das zweite Quartal 791 (+540). Für die restlichen nordafrikanischen Staaten werden die Zahlen im ersten Quartal gar nicht aufgeschlüsselt, da sie vernachlässigbar sind. Im zweiten Quartal: 329 Neugesuche (+63). Horden? Grosszügig gerechnet 1600 Menschen? Nach einer historischen Revolte? Hilfe! Attila ist zurück! Versteckt Frauen und Kinder, verhängt das Notrecht! Stoppt die Masseneinwanderung! Und verbietet das Herumlungern der Nordafrikaner, die jetzt leider schon da sind! Rayonverbote, Ausgangssperren und Internierungslager sind diskutierte Folgepläne. Verbote als Ausdruck surrealer Panikmache. Weitere Beispiele sind die Anti-Minaretteinitiative von 2009, ein mögliches Burka-Verbot und so weiter.

Atemlose Dauerhysterie Doch nicht nur im Asyl- und Migrationsbereich wird mitunter gar präventiv verboten:

– Fussball-WM 1990. Italia Novanta! Im Stadion: Fans. Pyro. Der Kommentator: «Eine wunderbare Stimmung im Stadion!». FCZ gegen Xamax, 2009. Im Stadion: Fans. Pyro. Der Kommentator: «Schade, dass es diese Chaoten nie lernen. Solche Bilder möchte man nicht

sehen.» Stimmungswechsel. Klar, bengalische Fackeln sind als Wurfgeschoss gefährlich. Doch eine andere Lösung als ein Verbot wäre möglich.

- AKW-Camp 2011 in Bern? Ab dem 1. September 2011 ist wildes Campieren in Bern verboten und mit bis zu 2000 Franken Busse belegt.
- «Killerspiele»? Weg damit! Seit Breivik sowieso.

Es ist das immer gleiche Muster: aus der surrealen Panik folgt das reale Verbot. Durchatmen, überlegen und andere Wege ausprobieren? Oder in den weisen Worten von Jedi-Wurzelzwerg Joda aus Star Wars ausgedrückt: «Do or do not – there is no such thing as trying!». Nein Danke!

Es geht uns gut Warum die permanente Panik? Warum diese Hektik? Ich möchte es hier für einmal deutlich sagen: Liebe Mitmenschen, es ist alles nicht so schlimm. Es geht uns gut! Wir haben sichere Löhne, zu essen, ein Gesundheitswesen, viel Freizeit, öffentliche Toiletten (ein Luxus, den ich schätze), pünktlich fahrende Züge und immer vier Franken für ein Bier im Spunten übrig. Klar, wir haben auch ein paar faule Couchpotatoes aka «Sozialschmarotzer» (mein Vorschlag für das Unwort des Jahrzehnts), ein paar Raser. Wir leben mit Menschen zusammen, die zugewandert sind und nicht gerade auf Anhieb unsere Sprache sprechen, haben Littering und Bettelei an unseren Bahnhöfen und Jugendliche, die vollgepumpt mit Testosteron und Energy-Drinks gerne etwas kaputt machen. So what? Kein Grund, ständig in Panik zu verfallen. Ein kaputter Robidog ist nichts Gutes, aber auch kein Desaster. Flüchtende Menschen sind keine Bedrohung, sondern brauchen Hilfe.

Gegen armselige Lösungen Es soll hier nicht die Existenz einiger schwieriger Probleme verneint werden, aber man sollte sie wieder mit etwas mehr Nonchalance angehen. Verbote sind meist die armseligste Lösung für ein Problem. Sie zeugen von Hilflosigkeit und sollten erst als eine Art letzter Akt verfügt werden, wohlüberlegt und nicht überhastet. Fordern wir die Nonchalance zurück, die uns verloren ging!

— **Moreno Casasola, Generalsekretär von Solidarité sans frontières.**

Menschenrechtskonvention auf der Abschussliste

Greift die SVP die Europäische Menschenrechtskonvention an, dann trifft das uns alle. Die EMRK ist den meisten zwar ein Begriff, was

sich aber genau hinter der Abkürzung versteckt, ist oft unklar. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist für den Schutz der Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat von überragender Bedeutung – und in der Schweiz in Gefahr.

Mit ihren Vorstössen verstösst die SVP immer wieder gezielt gegen die Grundrechte, die in der Verfassung und in der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK garantiert sind. Ihre Volksinitiativen (zum Beispiel Minarett- und Ausschaffungsinitiative) sind dafür nur die bekanntesten Beispiele. Auch das von ihrem Parteipräsidenten Toni Brunner initiierte Gesetz, welches Menschen ohne Aufenthalt in der Schweiz die Heirat verbietet (die sogenannte Lex Brunner), verletzt Rechte, die jedem Individuum zustehen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, dass die Schweiz vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg wegen einem SVP-Projekt verurteilt werden wird. Die SVP wird dann politisch keine andere Möglichkeit haben, als die Kündigung der EMRK per Volksabstimmung zu fordern, will sie ihrem eingeschlagenen Weg treu bleiben. Dies hat sie sogar in ihrem neuen Parteiprogramm festgeschrieben.

Zwar soll der EMRK danach wieder beigetreten werden, jedoch mit für die Schweiz eingeschränkter Geltung (es sollen sogenannte Vorbehalte angebracht werden). Da bei der EMRK das Anbringen von Vorbehalten explizit nur beim Beitritt möglich ist, wäre ein solches Vorgehen von Aus- und Wiedereintritt klar rechtsmissbräuchlich und kaum realisierbar. Die Forderung, die Verhandlungsbereitschaft vortäuscht, ist daher ein frontaler Angriff auf die EMRK. Erschreckenderweise folgt darauf kaum eine öffentliche Reaktion.

Erschreckend, weil die EMRK ein Menschenrechtsvertrag von nicht zu überschätzender Bedeutung ist. Sie gibt Individuen die Möglichkeit, beim Gerichtshof in Strassburg gegen einen Staat zu klagen und ein verbindliches Urteil zu erwirken.

Bollwerk gegen Grundrechtsabbau Die EMRK wirkt aber nicht nur für jene Unglücklichen, die ihren Fall bis nach Strassburg ziehen müssen. Die Menschenrechtskonvention schützt das Individuum auch im Umgang mit allen Behörden – auch innerstaatlich und auch schon vor einem Prozess. Wir werden geschützt, wenn wir der Person unserer Wahl das

Ja-Wort geben, wenn wir die Schule besuchen oder unsere Kinder zur Schule schicken und jedes Mal, wenn wir den Wahlzettel in die Urne legen oder unser Abstimmungsrecht wahrnehmen.

Sollte die Schweiz die Menschenrechtskonvention kündigen, entfällt nicht zuletzt auch die Möglichkeit, Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundrechten zu überprüfen. Denn die Schweiz hat kein Verfassungsgericht. Nur die EMRK als übergeordneter Grundrechtsschutz setzt Grenzen – auch dem Parlament. Dieser Schutz ist nicht selbstverständlich, auch in der Schweiz nicht. Nur dank der EMRK konnten in der Schweiz wichtige Grundrechtsdefizite aufgeholt werden. So ist die aktuelle Verfassung stark von der Konvention geprägt worden. Ebenso nötig ist die Weiterentwicklung der Grundrechte. Der Gerichtshof in Strassburg ist hier ein wichtiger Taktgeber (zum Beispiel im Bereich der Stammzellenforschung oder bei der Frage der Überwachung des Internets).

Unverhandelbare Menschen- und Grundrechte Durch die stetigen Angriffe auf die Grundrechte Einzelner – zurzeit vor allem jene von Ausländern und Ausländerinnen – wird die Schmerzgrenze für immer weitergehende Eingriffe langsam gesenkt. Die Inhalte der Menschenrechte werden plötzlich wieder verhandelbar – und dies ist ein Angriff auf uns Alle.

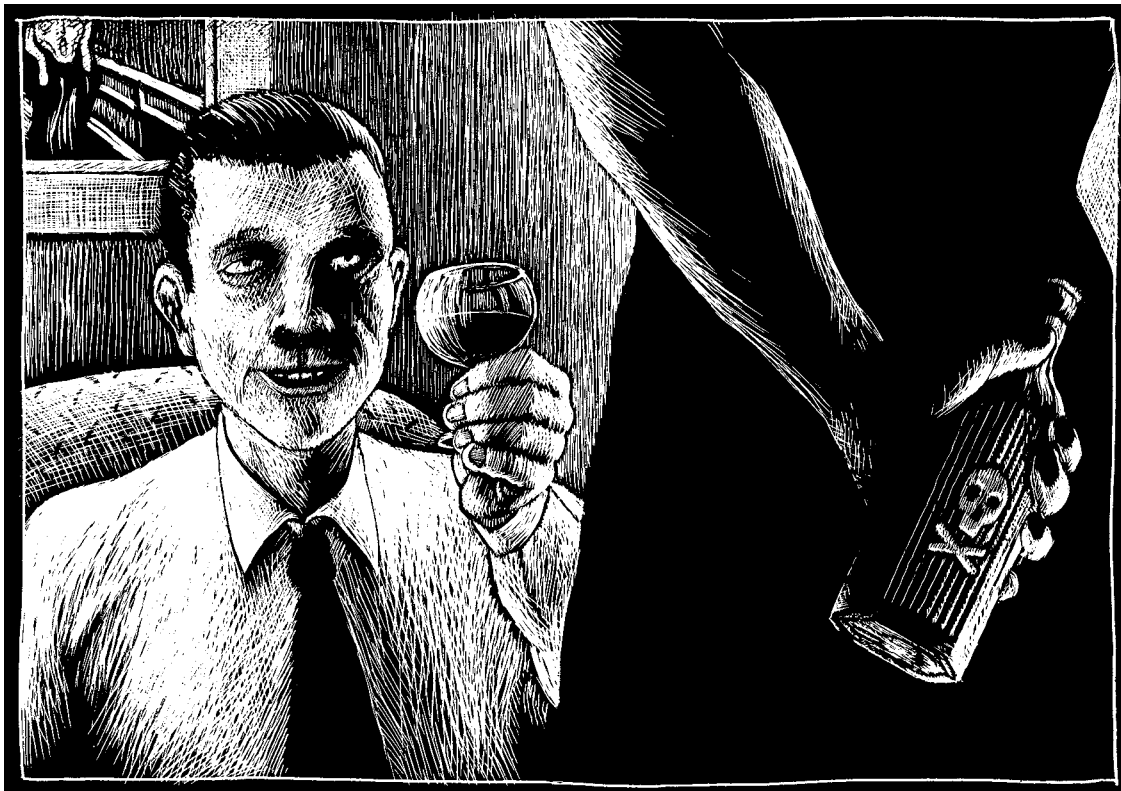
Welche Wahl treffen wir angesichts der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen SVP-Politik und Grundrechtsschutz? Bleiben, wie bei der Minarett-Initiative, die öffentlichen Reaktionen aus, weil wir doch nicht so richtig daran glauben, dass die SVP mit ihren Angriffen durchkommt? Warten wir ab, weil wir glauben, dass die SVP diese Grenze doch nicht zu überschreiten wagt?

Wollen wir weiteren Angriffen der SVP auf die Grundrechte und letztlich der Kündigung der EMRK gemeinsam entgegenstehen, müssen wir jetzt damit beginnen.

— **Stefan Schlegel, Jurist in Bern, und Annina Mullis, Jus-Studentin an der Uni Bern.**

Skandal! Die SVP macht gute Kampagnen!

Ein Grund der SVP-Erfolge sind ihre Kampagnen. Wie sie funktionieren, wieso sie so erfolgreich sind und warum es einfacher ist, Leute zu mobilisieren als sie zu ändern. Erläuterungen eines Kampagnenprofis.



Politischen Erfolg zu haben, bedeutet in der Demokratie, genügend Stimmen für eine Partei oder eine Abstimmungsposition sammeln zu können. Wer das anstrebt, kann versuchen, die Einstellungen der Wahl- und Stimmberechtigten zu verändern. Dies ist aber ein eher hoffnungsloses Unterfangen, denn Menschen ändern sich sehr ungern. Für einen politischen Akteur ist es also bedeutend erfolgversprechender, diejenigen Menschen, welche noch über keine oder die tendenziell schon gewünschte Einstellung zu einem Thema verfügen, zu mobilisieren. Bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von seichten 30 bis 50 Prozent liegt für diese Strategie auch immer genügend Potential brach.

Feldzüge aufs Hirn Menschen zu mobilisieren ist am einfachsten, wenn sie sich in Gefahr wähnen (allerdings nur, wenn sie auch eine Möglichkeit sehen, diese empfundene Gefahr zu bekämpfen, ansonsten sind sie paralysiert). Zur Mobilisierung empfiehlt es sich also, eine Atmosphäre

von Bedrohung zu kreieren und gleichzeitig eine Chance aufzuzeigen, die Bedrohung zu besiegen. Diesem Mechanismus bedient sich das Campaigning. Kampagnen sind Feldzüge, der Begriff kommt aus der Kriegerei. Sie haben in der Regel zum Ziel, einen Status Quo zu ändern. In einer Demokratie kann dies ganz unblutig geschehen, zum Beispiel durch das Ändern eines Gesetzes. Nichts desto trotz kommt auch eine politische Kampagne nicht ohne klar erkennbaren Feind und einer Front zwischen «uns» und «den anderen» aus. Denn das motiviert. Die Komplexität hingegen, die allen Dingen innewohnt, verwirrt und demotiviert.

Indirektes Vorgehen Bevor wir uns anschauen, wie die SVP Kampagnen macht, ist es wichtig zu wissen, dass Kampagnen nicht zwingend dasjenige Problem zum Thema haben müssen, bei dem man eine Änderung herbeiführen will. Man kann zum Beispiel das Ziel verfolgen, die Steuergesetze zu ändern. Da aber die meisten Menschen diesbezüglich keinen Hand-

lungsbedarf sehen, braucht man dafür die richtigen KnöpfedruckerInnen in den Parlamenten. Und um diese Leute in die Parlamente zu bringen, kann man eine Kampagne machen, welche den Menschen, die man für sich mobilisieren will, glaubhaft macht, dass man sie vor einer anderen Bedrohung schützen wird. Beispielsweise vor Schmarotzern, deutschen Akademikerinnen oder bösen Ausländern mit Pistolen im Anschlag.

Kriminelle Ausländer sind das perfekte Kampagnenthema (das sich auch schon für Berlusconi oder Chirac bewährt hat). Warum? Kriminalität, insbesondere Kleinkriminalität, ist Etwas sehr konkretes. Jeder kann es sich vorstellen, jeder könnte betroffen sein und man braucht nichts zu erfinden, denn sie kommt immer mal wieder vor. Wird sie zudem noch von AusländerInnen, also kriminellen «Gästen», wie die SVP sagen würde, begangen, wird das Problem sogar zu einem Skandal. Und das ist das Beste, was einer Kampagne passieren kann, denn wir Menschen lieben Skandale. Sie erregen uns. Und weil die Menschen die Skandale so lieben, lieben auch die Medien die Skandale. Denn dann, wenn die im Wettbewerb um Aufmerksamkeit stehenden Medien uns Skandale erzählen, werden sie geschaut, gehört, gelesen.

Meisterin der Skandale Die SVP ist Meisterin darin, Kampagnenthemen zu wählen, welche konkrete Skandale beinhalten. Sie braucht dann nur noch einen Vorschlag zur Lösung des Skandals zu proklamieren und schon nehmen ihre sympathischen Figuren wie der bodenständige Toni oder der selbstlos-kämpferische Christoph in den Skandalgeschichten, welche die Medien erzählen, die Rolle der heldenhaften Retter ein. Flüchtet beispielsweise ein Gewaltverbrecher im Hafturlaub, ist sofort die hübsche Natalie zur Stelle, welche vorschlägt, Hafturlaube für Gewaltverbrecher sofort zu verbieten.

Besonders gut eignen sich Volksinitiativen als Lösungsvorschläge für Probleme. Denn diese können im zunehmend als Dauerkampagne geführten Wahlkampf nicht nur mehrere Jahre lang bewirtschaftet werden, sondern sie dürfen auch von unaufgeregten Medien nicht ignoriert

*Abbildung aus
R.I.P. – BEST OF 1985–2004
von Thomas Ott
© 2010 Verlag bbb Edition
Moderne AG, Zürich*

werden. Idealerweise formuliert man eine Initiative zudem so, dass sie selbst zum Skandal wird. Zum Beispiel, in dem sie den politischen Gegner wahlweise durch ihren untauglichen Gesetzestext oder die Geschmacklosigkeit ihres Sujets auf die Palme bringt. Dass der Gegner dann versuchen wird, den doch so gut gemeinten Vorschlag zu bekämpfen, kann zu einem willkommenen weiteren Skandal uminterpretiert werden.

Nerv der Zeit Die These, dass der Erfolg der SVP darauf beruhe, dass sie mit ihren Themen jeweils einen Nerv treffe, ist falsch. Die Themen, die im GFS-Sorgenbarometer von der Stimmbevölkerung als «die dringendsten Probleme» genannt werden, sind auf den vorderen Rängen seit Jahren Arbeitsplatzsicherheit sowie gesundheits- und sozialpolitische Themen (sichere Sozialwerke). Die Themen «EU-Integration», «Äsylananten» oder «Steuerbelastung» sind in ihrer Wichtigkeit konstant gesunken. Zudem ist das Vertrauen der Bevölkerung in die von der SVP bekämpften Institutionen wie Bundesrat, Verwaltung oder Medien konstant gestiegen. Einzig die Themen «Ausländer und Integration» sowie «persönliche Sicherheit und Kriminalität» sind in ihrer Dringlichkeit gestiegen. Allerdings jeweils erst, als die SVP eine Kampagne mit dem Thema gefahren hat: Ersteres ab 2004 (Stopp Masseneinbürgerungen) und letzteres ab 2007 (Wahlkampf mit der Unterschriftensammlung für die Ausschaffungsiniziativa).

Frontlinie Warum es sich lohnt, Kampagnen gegen Ausländer oder das Ausland zu fahren? Weil man damit die Frontlinie zwischen dem «Wir» und «den anderen» genau dort zieht, wo sie auch vom Stimm- und Wahlrecht gezogen wird. Der «Feind» kann sich nicht wehren und das «wir» sind alle Stimmberechtigten und von «den anderen» hätte man sowieso keine Stimme erhalten.

Nicht das Thema, dessen Wahrnehmung ist wichtig Falls der Skandal, den man bewirtschaften will, für die Medien zu wenig relevant ist, pflastert man einfach das Land mit zweideutigen Plakaten voll. Das alleine schon wird dann vom politischen Gegner dankenswerterweise zum Skandal hochstilisiert und folglich medial abgehandelt. Wenn man genug Geld hat, kann man sich das leisten.

— **Peter Haberstick arbeitet als Campaigner beim Kampagnenforum in der Kommunikations- und Kampagnenberatung.**

Die Sozial-Nationalisten auf dem Vormarsch

Nationalpopulistische Parteien und progressive Ideen sind nicht per se gegensätzlich – ein Punkt, auf den die Linke ihr Augenmerk richten muss.

Ein Diskussionsanstoss am Beispiel des «Mouvement Citoyens Genevois» MCG und des bedingungslosen Grundeinkommens.

Eine neue Facette des politischen Spektrums erweist sich zurzeit als äusserst erfolgreich. In verschiedenen Ländern Europas fahren Parteien Wahlerfolge ein, die sich sowohl für mehr sozialen Ausgleich als auch nationale Abschottung einsetzen. Gleichzeitig stellt die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen die Vision einer ganz neuartigen Form der Existenzsicherung zur Debatte. Die Promotoren des Grundeinkommens haben zwar ohne Zweifel nichts mit nationalistischem Gedankengut am Hut. Aber ihre Ideen könnten den sozial-nationalistischen Populisten ins Konzept passen.

«Ni gauche ni droite, Genève d'abord» (weder links noch rechts, Genf zuerst), steht zuoberst auf der Website des «Mouvement Citoyens Genevois», das bei den Wahlen im Kanton Genf einen triumphalen Erfolg eingefahren hat. Tatsächlich, die neue populistische Bewegung schlägt zwar nationalistische und fremdenfeindliche Töne an, hat sich aber gleichzeitig den Kampf für bessere Sozialleistungen, gegen die Wohnungsnot und gegen Entlassungen auf die Fahne geschrieben. Und sie kämpft gemeinsam mit der Linken für die Einheitskrankenkasse. Dies im Gegensatz zur SVP, die nebst einer Politik der nationalen Abschottung dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Selbstverantwortung huldigt.

Die Kombination von nationalen und sozialen Parolen erweist sich auch anderswo als erfolgreich. Die «Lega dei Ticinesi» reitet schon länger auf dieser Welle, mit zunehmendem Erfolg. Und gerade dieses Jahr

haben die «Gewöhnlichen Finnen» ebenfalls mit sozial-nationalistischen Parolen im hohen Norden Europas einen erdrutschartigen Wahlsieg verbuchen können.

Versicherungs- und Bedarfsprinzip Nicht jede Form der Sozialpolitik passt allerdings gleich gut zu diesen nationalistischen Konzepten. Das herkömmliche Versicherungsprinzip beispielsweise, wie wir es bei den Alters- und Invalidenrenten kennen, ist grundsätzlich blind für die Staatsangehörigkeit seiner Destinatäre (Empfänger-

Möglich: Grundeinkommen als Selbsthilfeeinstrument der «Volksgemeinschaft»

Innen). Wer Beiträge bezahlt hat, erhält eine Rente, wenn der Versicherungsfall eintritt. Bedarfsorientierte Sicherungssysteme, wie die Sozialhilfe oder die Ergänzungsleistungen zu den AHV- und IV-Renten, werden hingegen unabhängig von früheren Beitragszahlungen ausgerichtet. In deren Genuss kommt grundsätzlich, wer sie benötigt.

Damit die Ausgaben nicht ins Uferlose wachsen, muss der Kreis der Berechtigten allerdings irgendwie beschränkt werden. Und dabei bietet sich die Nationalität durchaus als Kriterium an. Zuwanderern wird meistens kein oder nur ein begrenzter Anspruch auf solche Leitungen zugestanden. Bedarfsorientierte Systeme der sozialen Sicherung vertragen sich generell schlecht mit offenen

Grenzen. Deshalb tat sich die EU beim Aushandeln der bilateralen Verträge mit der Schweiz schwer, die Anspruchsvoraussetzungen der Ergänzungsleistungen zu akzeptieren.

Das Grundeinkommen als Vision Das Bedarfsprinzip in Reinkultur stellt das bedingungslose Grundeinkommen dar, das in der Schweiz demnächst mit einer Volksinitiative lanciert werden soll. Dessen Promotoren sind keineswegs Nationalisten, sondern international vernetzte Weltbürger. Ihre Idee könnte aber bei den aufkommenden sozial-nationalistischen Bewegungen auf Interesse stossen.

Diese könnten das System zum Selbsthilfeeinstrument der «Volksgemeinschaft» hoch stilisieren, von dem Fremde ausgeschlossen bleiben. Das spricht nicht gegen die Idee eines Grundeinkommens. Es handelt sich dabei um eine interessante Vision, die zwar kritische Fragen aufwirft, der sozialpolitischen Diskussion aber wertvolle Anstösse gibt (vgl. Soziale Medizin 4.07 auf www.sozialemedizin.ch/?p=1802).

Die Promotoren des bedingungslosen Grundeinkommens sollten sich allerdings Gedanken darüber machen, wie sie mit allfälligen Umarmungsversuchen aus dem sozial-nationalistischen Lager umgehen wollen. Denn es wäre schade, wenn ihr Projekt dadurch diskreditiert würde.

— **Ruedi Spöndlin ist Redakteur der Webseite der «Sozialen Medizin», www.sozialemedizin.ch. Wir haben den Text mit freundlicher Genehmigung des Autors von dort übernommen.**

Das helvetische Märchen von der Umverteilung

Sozialwerke und Steuern machen die Schweiz nicht gerechter. Was uns die Zahlen sagen:

In der Schweiz wird nicht nach unten sondern nach oben umverteilt – auch wenn das die Unternehmerklasse und ihre Think Tanks gerne anders darstellen.

Unter dem Titel «Sackgasse Sozialstaat» erzählen AutorInnen rund um das Liberale Institut das Märchen von einem Land, in dem der «Ertrag der eigenen Arbeit» aller Bürger zu einem grossen Teil enteignet wird, um einen ständig expandierenden, teuren Sozialstaat zu finanzieren. Hauptangriffspunkt ist der Umverteilungsstaat. Er führe dazu «Anreize zur Eigenverantwortung» zu zerstören. Sitzen wirklich alle im selben Boot, wie es das helvetische Märchen des Liberalen Instituts will? Wir beschränken unsere Untersuchung auf zwei Verteilungsebenen: Die primäre Verteilung zwischen Kapital und Arbeit und die sekundäre Verteilung durch den Steuer- und Sozialstaat.

Einkommens- und Vermögenskonzentration Die Zahlen des Verteilungsberichts des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (2011) wie auch des Vermögensberichts der Crédit Suisse (2010) bilden die primäre Verteilung zwischen Arbeit und Kapital ab. Untersucht man Löhne und Gewinne, haben die Löhne in den letzten 20 Jahren scheinbar nichts verloren (Bruttolohnquote). Klammert man hingegen das 1 Prozent der Topverdiener aus, sinkt der Anteil der Löhne innert zehn Jahren von 58 auf 55 Prozent. Es zeigt sich, dass gewisse von der Arbeitskraft der Lohnabhängigen massiv profitieren. Das reichste eine Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzt knapp 59 Prozent des gesamten Nettovermögens und somit mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Das reichste 0.01 Prozent (475 Personen) vergrösserte seinen Anteil am Vermögensreichtum zwischen 1997 und 2007 um mehr als 50 Prozent. Alleine diese 475 Personen besitzen mehr als 12

Prozent des Gesamtvermögens in der Schweiz. Die Schweiz ist damit weltweit auf dem dritten Platz der Ungleichheitsrangliste: Nur in Namibia und Singapur sind die Vermögen ungleicher verteilt. Global weist die Schweiz die zweithöchste Millionärsdichte auf, was in absoluten Zahlen bedeutet: Es gibt hierzulande 330'000 Millionärshaushalte und 352 superreiche Haushalte mit einem Vermögen von über 100 Millionen Dollar.

Wir sitzen also nicht alle im gleichen Boot: Während die Reichen reicher werden, erlebt die Mehrheit eine Stagnation ihres Einkommens und Vermögens. Dabei gehen viele soziale Realitäten gar nicht erst in die Statistiken ein, die den Effekt wohl noch verstärken würden: Nicht enthalten sind auf der einen Seite die meist sehr tiefen Löhne der Sans-Papiers, die zur Arbeit in der Schattenwirtschaft gezwungen sind. Auf der anderen Seite werden die Vermögenseinkommen ausgeklammert – wie zum Beispiel die Zinserträge oder Einnahmen durch Mieten: Der SGB schätzt, dass das reichste Prozent ein durchschnittliches Vermögenseinkommen von deutlich über 10'000 Franken pro Monat einkassiert. 90 Prozent der Steuerpflichtigen haben hingegen weniger als 300 Franken Vermögenseinkommen pro Monat.

Von Progression zur Degression: Wenig haben, mehr geben Politisch begleitet wurde die Umverteilung von unten nach oben in den letzten beiden Jahrzehnten durch einen systematischen Umbau des Steuersystems. Die im internationalen Vergleich ohnehin tiefe Steuerprogression in der Schweiz wurde weiter gemildert, indem man in verschiedenen Kantonen die Steuersätze für hohe Einkommen und Vermögen

reduzierte und die Erbschafts- und Handänderungssteuern abschaffte. Zudem sanken die Steuern für Unternehmen und Dividendenbezüger. Eindrückliches Beispiel dafür ist die Unternehmenssteuerreform II, die den AktionärInnen Steuergeschenke in Milliardenhöhe bringt.

Direkte Steuern, die progressiv wirken, wurden gesenkt, im Gegenzug erhöhte man die indirekten Steuern und Gebühren: Mehrwertsteuern und Verbrauchssteuern stiegen im Zeitraum von 1997 bis 2008 um 42 Prozent, die Krankenkassenprämien im gleichen Zeitraum um 67 Prozent. Diese Konsumsteuern und Gebüh-

Die Unternehmerklasse – Vulgärmarxisten – führt einen bitteren Klassenkampf.

ren belasten insbesondere tiefe Einkommen, denn sie wirken degressiv: Je kleiner das Einkommen, desto grösser die Belastung.

Dass der Sozialstaat die Reichen tendenziell entlastet, wird deutlich bei den verfügbaren Einkommen: Wenn man sich anschaut, was nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Krankenkassenprämien schliesslich zum Leben übrig bleibt, erkennt man eine noch grössere Schere als bei den Bruttoeinkommen. Die ungleiche Verteilung der Einkommen wird also durch die Sozial- und Steuerpolitik weiter verstärkt statt geglättet. Es wird nicht von oben nach unten, sondern vielmehr von unten nach oben umverteilt.

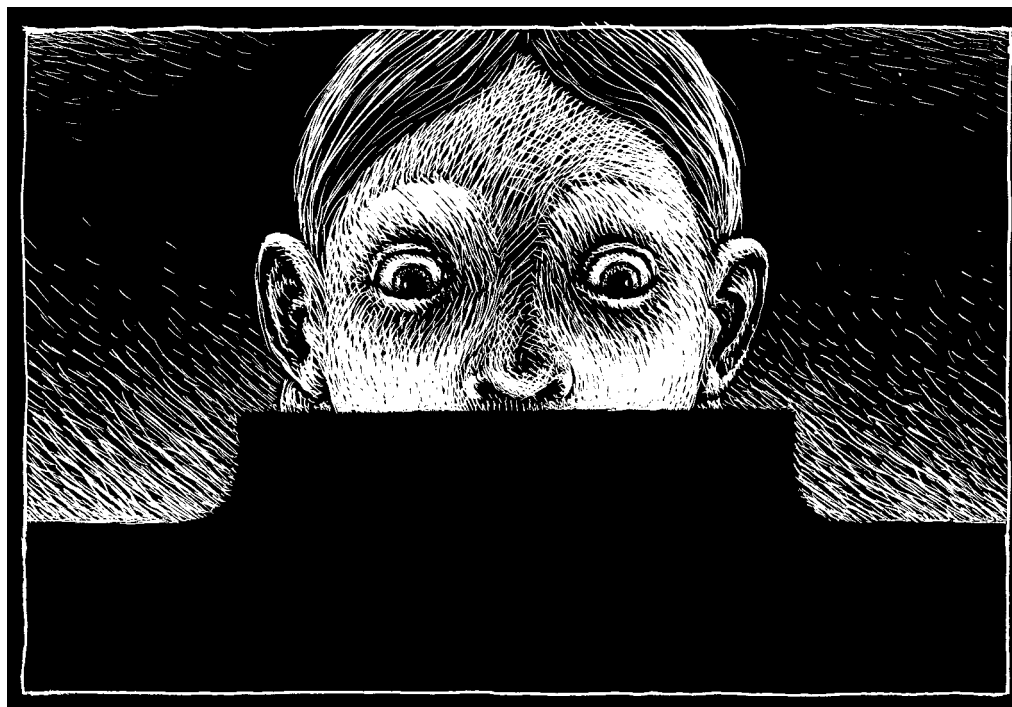
Der private Sozialstaat: Aus der eigenen Tasche bezahlen Wie passt dies zusammen mit der Erzählung

der Neoliberalen, die behauptet, der Sozialstaat sei laufend ausgebaut worden? Hätten dann nicht mehr Umverteilungseffekte stattfinden müssen?

Die Neoliberalen beziehen sich zur Skandalisierung des hohen Umfangs des Schweizer Sozialstaates auf Vergleiche der OECD. Danach gab die Schweiz im Jahr 2007 142.5 Milliarden Franken für soziale Sicherheit aus. Doch erstens liegt die Schweiz damit im europäischen Durchschnitt. Zweitens sagt die nackte Zahl nichts über die Wirkungsweise des Sozialstaates aus. Denn sie umfasst nicht nur öffentliche Sozialausgaben, sondern auch die Ausgaben privater Einrichtungen wie Pensions- und Krankenkassen. Diese sind nicht nach Solidarmechanismen strukturiert und nehmen damit keine Umverteilung zu Gunsten der einkommensschwachen Gruppen vor. Bei den Pensionskassen spart jeder individuell. Und obwohl die Krankenversicherung unter dem Obligatorium als Sozialversicherung gilt, ist die Finanzierung über Kopfprämien unsolidarisch. Das Ausgaben-volumen von Pensions- und Krankenkassen von jährlich 60 Milliarden Franken müsste deshalb schlicht und einfach aus der Kalkulation der Gesamtausgaben des Sozialstaats gestrichen werden.

Wenn wir dies berücksichtigen, sehen wir, dass der Anteil der Sozialausgaben, die über ein Umlageverfahren mit Solidarmechanismen finanziert werden, zwischen 1975 und 2007 von 52 Prozent auf 41 Prozent gesunken ist. Der Soziologe Peter Streckeis spricht daher für die Schweiz von einem «privaten Sozialstaat».

Dieser entspricht dem neoliberalen Projekt, das Michel Foucault treffend beschrieben hat: Es geht nicht primär um mehr oder weniger Staat,



sondern vielmehr um die Etablierung einer neuen Regierungsform, in der sich jeder Mensch als «Unternehmer seiner selbst» auf sich allein gestellt verstehen soll. Wenn alle UnternehmerInnen sind, gibt es nur noch «Eigenverantwortung» der Konkurrenten im Wettbewerb. Wer nicht vom Fleck kommt, ist selber schuld. Gesellschaftliche Kooperation und Solidarmechanismen scheinen damit illegitim.

Klassenkampf von oben Doch ganz ist die Solidarität nicht verschwunden: «Es gibt eine Gruppe von Leuten, die sind im Prinzip Vulgärmarxisten und widmen sich stets dem Klassenkampf: Das ist die Unternehmerklasse. Das ist eine Gruppe, die ein starkes Klassenbewusstsein besitzt. Die kämpfen einen bitteren Klassenkampf.» Noam Chomsky identifiziert im gerade erschienenen Interviewband «Capital and its Discontents» (Lilley 2011) das Klassenbewusstsein hauptsächlich bei den Unternehmern. Auf dieser Seite kämpft auch das Liberale Institut. Obwohl es so tut, als ob es für alle sprechen würde, gilt seine Sorge vor allem der Freiheit der Kapitaleigner, Investoren und Mäzene.

Um das Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen steht es weniger gut. Der Wirtschaftsgeograf David Harvey, der für den Interviewband ebenfalls befragt worden ist, fügt an: «Die Kapitalistenklasse, die man im Moment sehr leicht definieren kann, möchte nicht, dass wir über Klasse nachdenken. Sie versuchen zu ver-

schleiern, wo das Geld herkommt und wo es hinget.»

Genau diese Verschleierung praktiziert auch die Publikation des Liberalen Instituts. Und viel zu oft bringt auch die Mehrheit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Linken kein Licht ins Dunkel, weil sie lediglich für eine gerechtere Güterverteilung einsteht und nicht eine Neuverteilung der Macht über wirtschaftliche Ressourcen ins Zentrum ihres politischen Programms stellt. Nach Harvey bleibt das Problem, um das sich die Linke als politische Kraft kümmern muss, deshalb im Verborgenen: «Der Kern des Problems ist, dass sie auf Deine Kosten Kapital akkumulieren, sei es durch Enteignung, oder indem sie Deine Arbeit aufsaugen.»

— Sarah Schilliger und Michael Mülli
arbeiten am Institut für Soziologie
der Universität Basel.

— Literatur

- Credit Suisse Research Institute (2010): Global Wealth Databook. Zürich.
- Liberales Institut (2011): Sackgasse Sozialstaat. Alternativen zu einem Irrweg. Zürich.
- Sasha Lilley (2011): Capital and its Discontents. Conversations with Radical Thinkers in a Time of Tumult. Pontypool.
- Peter Streckeisen (2010): Helvetische Mythen. Wie der private Sozialstaat verklart wird. In: Telegraph 120-121, S. 161-168.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2011): SGB-Verteilungsbericht. Internet: www.verteilungsbericht.ch

Abbildung aus
CINEMA PANOTPICUM
von Thomas Ott
© 2005 Verlag bbb Edition
Moderne AG, Zürich

Hässlich und selbstgerecht

Die Reaktionen nationalkonservativer Exponenten in der Schweiz auf die Attentate in Norwegen. Ein Pamphlet.

Die These der Rechten: Das Doppel-Attentat in Norwegen ist allein die Sache von Breivik, durchgeknallter Einzeltäter. Meine These: Die Attentate sind ein Angriff auf die Linke, hier in Gestalt der Sozialdemokratie, vor dem Hintergrund einer jahrelangen Propaganda. Da hilft kein Wegreden: Das Vorgefallene zu erklären mit einem isolierten Täter, gegen den nichts getan werden kann, und die eigene ideologische Verantwortung als Reaktionäre ausser Acht zu lassen, ist übel.

Ein Freund von mir hat folgendes formuliert: «Oslo hat den Blick in den Abgrund des Möglichen freigegeben. Der Horizont hat sich verschoben. Im besten Fall wird sich dieser Schock heilsam auf die politische Kultur auswirken. Im besten Fall...»

Der beste Fall tritt aber nicht ein. Zu arrogant und zu selbstgerecht machen die Nationalkonservativen, die Köppls und Brunners, dort weiter, wo sie vorher schon waren: keine Reue, keine Besinnung, kein Mitgefühl, dafür Verleumdung, Umdrehung der Tatsachen und Beschuldigung der politischen Gegner. Sie drehen alles, bis es in ihre Kreuzzugmentalität passt, die jeden Widerspruch als Feindseligkeit interpretiert, für die es keine Toleranz gibt. Der Feind, das Andere gehört ausge- merzt, da es das christlich-abendländische, wahlweise auch helvetische Erbgut stört. Das Lamento des Weltwoche-Zampanos und des SVP-Präsidenten, dass sie trotz ihrer jahrelangen Hetze nicht direkt verantwortlich gemacht werden können, ist noch nachvollziehbar: Reden und konkrete Taten sind beide hässlich, aber zwei unterschiedliche Dinge. Ihre argumentative Scheusslichkeit aber à la: In der Schweiz muss niemand zu diesem extremen Mittel greifen wie in Norwegen, weil wir mit den direktdemokratischen Mitteln andere Möglichkeiten haben, berechtigt «Missstände» zu bekämpfen, ist perfid.

Diese Logik macht mir Angst. Wenn ihr Linken und Netten nur nicht so weltfremd wärt, dafür gschpüriger am «Volk», müsstet ihr kein Durchknallen von Extremisten «unserer» Seite befürchten: So ist das gemeint. Roger und Toni: wenn ich mir überlege, was ihr genau formuliert, beschleicht mich das Gefühl, euch sei das Vorgefallene, die toten Jugendlichen, die angegriffenen Linken, scheissegal. Und, zynisch wie ich bin, denke ich, dass ihr denkt: Sie hätten's ja besser wissen können, diese Linken, so sind sie doch eigentlich selber schuld.

— Reto Plattner

Was soll de Scheiss?

Wachgeküsst von der 80er-Bewegung der Unzufriedenen in Zürich, prägten mich die verschiedenen ausserparlamentarischen Gruppen einer lebendigen Linken, deren Themen Teil der öffentlichen Diskussion waren. Wie kam es, dass wir seither von einer neokonservativen Welle überrollt worden sind? Welche Perspektiven bieten sich uns über den notwendigen Widerstand gegen Sozial- und Lohnabbau hinaus? Ein Résumé mittels Gedanken- und Geschichtssplittern.

Visionen jenseits von «mehr Lohn für mehr Konsum»

In den 1980er Jahren war die Überzeugung weit verbreitet, dass unsere Konsum- und Leistungsgesellschaft in eine Sackgasse führt und dass wir kurz vor einem exponentiellen Wachstum der Umweltschäden stehen. Die Klima-Erwärmung als drohendes Gespenst, im Wissen, dass die aktuell wahrnehmbaren Umweltschäden auf unserer Verschmutzung von 10 bis 15 Jahren früher basieren. Wir suchten andere Formen der Lohnarbeit, weil wir nicht in einer Wirtschaft mitwirken wollten, welche auf Raub, Unterdrückung und Zerstörung beruht. Die einen jobbten soviel wie nötig, andere versuchten selbstverwaltete, kollektive Betriebe aufzubauen. Beide Formen suchten, innerhalb der etablierten Wirtschaft Nischen aufzubauen, um die eigenen Lebensutopien so weit als möglich umzusetzen.

Das heute sogenannte «Agenda-Setting» war noch kein Privileg der SVP. Es gab noch keine rotgrünen Stadtregierungen. Die SP und die sich erst formierenden Grünen bildeten eine parlamentarische Minderheit, mit zum Teil starken Beziehungen zu ausserparlamentarischen Bewegungen. Hier einige Beispiele: Am 26. November 1989 sagte mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten Ja zu einer Schweiz ohne Armee. Anfang 1990 zeigte der Überwachungsstaat mit dem Fichenskandal seine hässliche Fratze und liess hunderttausende konsternierte BürgerInnen zurück, die feststellen mussten, wie wenig es gebraucht hatte, um von Staatsschützern ins Visier genommen zu werden. Die Bewegung gegen den Schnüfflerstaat löste manch kritische Erkenntnis über den Schweizer (Un-)Rechtsstaat aus. Die Verschärfung des Asylgesetzes durch das sogenannte «Verfahren '88» stiess noch auf vielfältigen Wi-

derstand. Von der Ausschaffung bedrohte Flüchtlinge wurden versteckt, die Asylbewegung ging in die Offensive und organisierte zusammen mit den Flüchtlingen verschiedene Refugien in öffentlichen Räumen.

Die Häuserbewegung war Ende der 1980er Jahre in mehreren Städten unübersehbar: Wohnungsnotbewegung 1989 in Zürich, Auseinandersetzungen um das Hüttendorf Zaffaraya und die Reitschule in Bern, die Stadtgärtnerei in Basel, das leerstehende Hotel Hecht in St. Gallen, der Biehlhof in Biel, die breit abgestützte Squatterszene in Genf, wo seit Mitte der 1980er Jahre keine Häuser mehr auf Vorrat geräumt wurden.

Das Recht des Stärkeren

Von diesen Bewegungen war Mitte der 1990er Jahre nicht mehr viel vorhanden. Was war geschehen? Als Erstes kommt allen natürlich der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten Ende der 1980er Jahre in den Sinn. Doch spielen für mich noch weitere Faktoren eine grosse Rolle in der Umpolung des gesellschaftlichen Bewusstseins:

- Anfangs der 1990er Jahre begann die unaufhaltsame Ausbreitung des Personal Computers
- Parallel dazu zerfiel das vernetzte Denken in breiten Bevölkerungskreisen
- New-Age und Esoterik erlebten einen zweiten Frühling
- Grosse Kriege verunsicherten die europäische Bevölkerung (Irak-Krieg Januar 1991, Jugoslawien-Krieg ab 1992). Im 20. Jahrhundert hat es keinen Tag gegeben, ohne dass irgendwo auf der Welt Krieg herrschte. Trotzdem wirkten diese beiden Kriege besonders bedrohlich, standen sie doch am Anfang

der neuen Weltordnung unter US-Amerikanischer Führung.

- Neoliberale Wirtschaftspolitik begann sich auch in den westlichen «Industriestaaten» auszuwirken: Die Multis verlagerten ihre Produktionen in Billiglohnländer, was zu Massenentlassungen führte. Die Steuern wurden gesenkt und folglich ebenso die Staatsausgaben im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialsektor.
- Die sich vor allem in den grösseren Städten ausbreitende Spekulation trieb nicht nur die Wohnungsmieten in die Höhe, sondern förderte den Neubau von kleinen Wohnheiten. Die Möglichkeiten, in grösseren Gemeinschaften zusammen zu leben, verschwanden. Die Vereinzelung machte die Bevölkerung noch anfälliger für emotionale, verzerrte Propaganda.
- Und schliesslich wurde das Feindbild der roten Gefahr aus dem Osten abgelöst durch den kriminellen Ausländer.

Ja oder nein – o oder 1 – die einfache Welt des PC's (privat consumer)

Gerne geht vergessen, dass wir bis 1990 unsere Texte noch mit gewöhn-

lichen Schreibmaschinen produziert haben. Das Layout erstellten wir nicht am Computer, sondern mit Schere und Klebstift von Hand. Der Computer war für uns Ausdruck einer rationalen Welt, die nur ja oder nein, falsch oder richtig kennt. Zwischentöne haben darin keinen Platz. Was wir damals instinktiv ablehnten, ist inzwischen Teil unseres Alltags.

So rasant, wie sich die Computertechnologie ausbreitete, so schnell löste sich das vernetzte Denken auf. Was gestern galt, kann morgen schon hinfällig sein. Die Welt ein brodelnder Unruheherd und mitten drin die Wohlstandsinsel Schweiz, auf die sich alle retten wollen. Der Verlust der Gewissheit, dass alles so bleibt, wie es seit Jahren war, treibt breite Bevölkerungskreise in existenzielle Ängste, zerstört die gesellschaftliche Solidarität und fördert rücksichtsloses Scheuklappendenken.

Flucht in die neue Innerlichkeit

Zufall, dass zeitgleich Erlösungsgedanken und Heilsversprechen auf reges Interesse stiessen? Parallel zur zunehmenden Vereinzelung haben Freikirchen und die esoterische Spiritualität an Boden gewonnen. Anstelle gesellschaftlichen Engagements steht die individuelle Erkenntnis als Basis des persönlichen Wohls. Eins

In Erinnerung an
Joseph Chiakwa
17. März 2010

und alle anderen Ausschaffungsoffer

Augen auf kämpft für Menschenrechte
www.augen auf.ch **PC 80-700000-8**



ANZEIGE

mit dem Kosmos/Gott – unabhängig von den aktuellen Zeitproblemen. Im vielschichtigen New-Age-Markt tummeln sich neben dem Heimatboden verbundenen Altnazis und Neofaschisten auch Rassisten verschiedener Ausrichtungen. Ihnen gelingt es dabei, imperialistisches Herrenrassendenken mit zarten Wohlfühlräumen zu verbinden. Es ist ein Missbrauch der Sehnsucht nach einer Welt, in der andere Werte gelten als jene der rationellen, kapitalistischen Verwertungs-Logik.

Neue Feinde braucht dasLand

Das weggebrochene Schreckensszenario der roten Gefahr musste ersetzt werden durch näherliegende Sündenböcke. Welch praktischer Zufall, dass sich in Zürich die Junkies im Platzspitz – gleich hinter dem Hauptbahnhof – zu sammeln begannen. Dort wurden sie plötzlich geduldet, nachdem sie zuvor jahrelang durch die Stadt getrieben worden waren.

Waren die Grossdealer schon kaum von der Polizei kontrolliert worden, tauchte im Laufe des Jahres 1989 nicht nur erstaunlich billiges Heroin auf – europaweit das billigste –, zusätzlich breitete sich die Modedroge Crack aus. Ein Kokainprodukt, das die KonsumentInnen schnell abhängig und äusserst gewalttätig macht. Die Zustände auf dem Platzspitz und später auf dem stillgelegten Bahnhof Letten machten weltweit Schlagzeilen. Die Geschichten von Elend und Gewalt muss ich nicht wiederholen. Interessant ist, wem sie genützt haben: Die Vertreter einer «Nulltoleranz-Politik» konnten wieder in die Offensive übergehen, nachdem sie in der Folge des Fichenskandals vorübergehend in den Hintergrund gedrängt worden waren.

Die Rechte der Asylsuchenden waren in den Jahren zuvor bereits massiv

beschnitten worden. Einer Arbeit durften sie bis zum Asylentscheid nicht nachgehen. Der SVP war es bereits im Rahmen des «Verfahrens 88» gelungen, das Wort «Flüchtling/

Welches Mus hätten Sie gerne?

Die wirtschaftliche Globalisierung öffnet dem Kapital die letzten Gren-



Abbildung aus THE NUMBER 73304-23-4153-6-96-8 von Thomas Ott © 2008 Verlag bbb Edition Moderne AG, Zürich

Asylsuchender» durch den unpersönlichen Begriff «Asylant» zu ersetzen.

Anfangs Februar 1995 stimmte die Bevölkerung mit grosser Mehrheit zu, dass gegen Ausländer, die ohne Pass angetroffen und kontrolliert werden, Rayonverbote und/oder maximal neun Monate Aussperrung ausgesprochen werden können. Mit diesem auf ausländische Menschen zugeschnittenen Gesetz stieg die Ausländerkriminalität natürlich schlagartig an – Wasser auf die Mühlen der Propagandalüge vom «kriminellen Ausländer».

zen. Widerstand gegen diese neoliberale Umgestaltung hat heute meist regionale Wurzeln, weil der globalen Rationalisierung und Massenproduktion vorwiegend mit lokalen Produktionen und Netzen begegnet werden kann. Es genügt definitiv nicht mehr, nur Anti-... zu sein. Gefragt sind Ansätze, die wirkliche Möglichkeiten eines anderen Lebens aufzeigen. Eine spannende Schiene hat sich aus der Anti-Globalisierungs-Bewegung heraus entwickelt und stammt typischerweise aus den traditionellen Kulturen des Südens, vor allem aus Südamerika, und ist

unter dem Begriff «Derecho al buen vivir» auch bei uns bekannt. Darunter wird vor allem das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und auch auf eine interessante, existenzsichernde Arbeit verstanden.

Die in den letzten Jahren zunehmenden Karawanen quer durch die Kontinente tragen viel dazu bei, Wissen weiterzutragen, den Blick über die eigene Region hinauszuhoben und sich zu vernetzen.

Der Aufbau einer Gegengesellschaft, die in sich überlebensfähig ist, geschieht nicht durch grosse Worte und starke Parolen, sondern ist mühsame Kleinarbeit. So wie wir den Zugang zu den Köpfen und Herzen in den 1990er Jahren verloren haben, müssen wir ihn Schritt für Schritt wieder zurückerobern. Solidarität muss erst wieder entdeckt werden. Ebenso die Erfahrung, dass Probleme nicht an irgendwelche Instanzen delegiert werden, sondern dass man/frau selber handeln kann. Selbstverwaltung und Basisdemokratie als Gegenpol zur rücksichtslosen Kommandowirtschaft auf der Grundlage folgender Grundwerte: Respekt gegenüber allen Geschlechtern, Kulturen und Religionen / Soziale Gerechtigkeit / Sorgfältiger Umgang mit der Natur und unseren Ressourcen.

Ein erster Schritt können Zusammenschlüsse sein, um unsere Lebensgrundlagen aufrechtzuerhalten. So entwickelt sich die Vertragslandwirtschaft zu einer Option, die den BäuerInnen erlaubt, ihre direkten Beziehungen zu den KonsumentInnen auszubauen. Oder die Idee, ein Textilkollektiv zu gründen, das vom Einkauf und der Produktion bis zur Reparatur und Wiederverwertung sich dieses Gebiet wieder aneignet. Oder der Ausbau des fairen Handels mit den ProduzentInnen im Trikont, wie ihn Gebana betreibt.

— **Mischa Brutschin,**
stadtwandernder 80er aus Zürich.

ANZEIGE

30 JAHRE CAFE ZÄHRINGER
UNKONVENTIONELL ARBEITEN, LEBEN.

www.cafe-zaehringer.ch // zaehringerplatz 11 // 8001 zürich

Buchhandlung im Volkshaus

Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich
Telefon 044 241 42 32
Telefax 044 291 07 25
www.volkshausbuch.ch
info@volkshausbuch.ch

Politik, Psychoanalyse, Literatur

Marx, Freud, Jelinek

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakomba

Für die Reichen, gegen die Armen

Mythenpflege. Geschichten von der «humanitären Tradition», «Menschenrechten» und anderen Propagandalügen eines bösen Landes.

Eine der vielen Fragen, die man Flüchtlingen bei der Befragung durch das Bundesamt für Migration stellt und die hauptsächlich dazu dienen, einen Grund für die Ablehnung ihres Asylgesuchs zu finden, ist einfach zu beantworten. «Warum haben sie sich für die Schweiz entschieden? Warum sind sie ausgerechnet hierher gekommen?» fragt der Beamte hinter dem Schreibtisch. Endlich eine Frage, die ich leicht und sicher richtig beantworten kann, denkt der eingeschüchterte Befragte und beginnt ein bisschen zu strahlen: «Weil die Schweiz die Menschenrechte schützt und weil hier Demokratie ist. Hier bin ich sicher,» sagt der Flüchtling und hofft, mit seiner Begeisterung für die Schweiz die Behörde auch ein bisschen für sich zu begeistern.

Von der «humanitären Tradition der Schweiz» sprechen auch Bundesrätin Sommaruga, ihre Gegner von der SVP und MenschenrechtlerInnen und Leute aus der Asylbewegung, wenn sie sich für oder gegen noch schärfere Gesetze gegen Flüchtlinge aussprechen. Wo die «humanitäre Tradition» ist, sind auch «Menschenrechte» (eher für die Linken), «Freiheit» (eher für die Rechten – warum eigentlich?) und «Demokratie» (für alle) – alle eine «Schweizer Tradition» – nicht weit. Mit der humanitären Tradition und ihren menschenrechtlichen Geschwistern ist es im Schweizerland aber nicht so weit her, wie Schweizer PolitikerInnen gerne erzählen und Flüchtlinge weltweit glauben. Doch wie ist das eigentlich mit der Schweizer Geschichte und der «humanitären Tradition»?

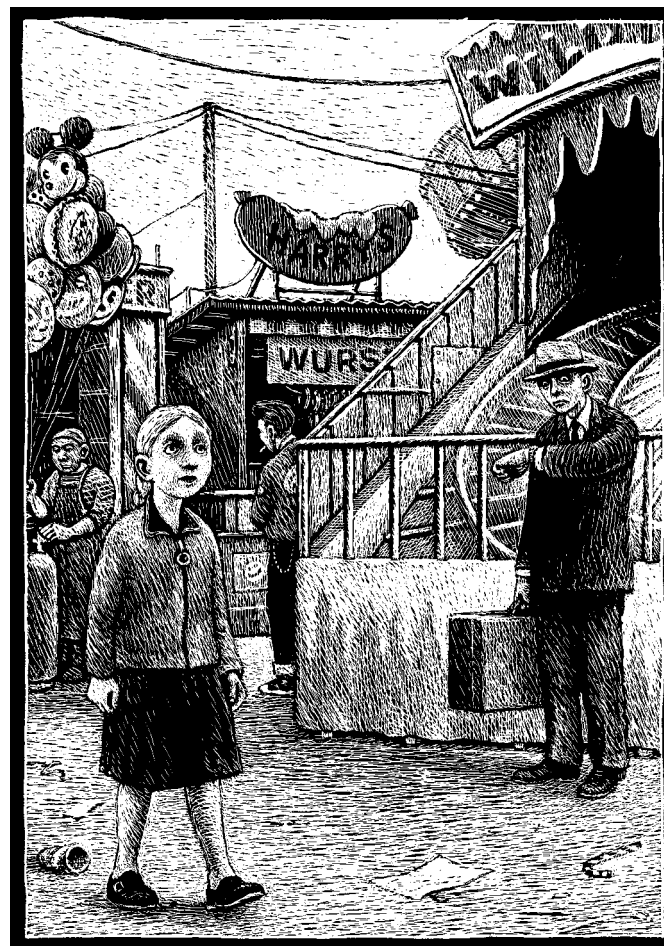
Tradition 1: Wegsperren, Entführen Zwischen 1942 und 1981 wurden tausende von (oft jungen, oft weiblichen) Menschen in der Schweiz «administrativ versorgt», sprich ohne Anklage und Ur-

teil in Anstalten, etwa das Frauengefängnis Hindelbank, gesteckt. Der Grund: Die «Versorgten» waren den Behörden, oft den Vormundschaftsbehörden, irgendwie negativ oder unangenehm aufgefallen. In Strafanstalten «versorgt» wurden Drogensüchtige und Prostituierte oder auch solche, von denen die Beamten nur glaubten, sie seien es oder die sonst irgendwie negativ, zum Beispiel weil sie rebellisch waren, aufgefallen sind. Und versorgt wurden – natürlich – vor allem die Kinder der

Die Behörden wollten das «wertvolle Erbgut» des Schweizer Volkes schützen.

Armen. Wir sollten nicht glauben, dieser ungeheuerliche Vorgang habe nur ein paar Wenige betroffen. Alleine im Kanton Bern sind zwischen 1942 und 1981 2700 Menschen administrativ versorgt worden.

Es brauchte viel Mut von Opfern und eine Kampagne der Zeitschrift «Beobachter», bis die Behörden anerkannten, dass die «Administrativ-Versorgung» ein böses Unrecht gewesen ist. Am 10. September 2010 entschuldigten sich die VertreterInnen des Staates, eine Bundesrätin und ein Regierungsrat, an einem Anlass im Frauengefängnis Hindelbank bei ihren Opfern. Der Vertreter der Sozialdirektoren der Kantone betonte sein «tiefstes Bedauern über das Schicksal» und sagte, so etwas dürfe sich nie wiederholen. Sehr glaubwürdig war er nicht: Der Kantonsvertreter war ausgerechnet der Mann, der als Chef der Zürcher «Sicherheitsdirektion» dafür gesorgt hat, dass der Kanton Zürich möglichst nie zugeibt, dass ein «Härtefall» so hart ist, dass man einen Entscheid im Ausländer- oder Asylverfahren umstossen müsste. Und er



ist derselbe Behördenvertreter, der mit der Einführung von Migros-Gutscheinen in der Höhe von 8.57 Franken für «Illegale» Nothilfe-Empfänger für anhaltende Not und Elend gesorgt hat.

Von der «humanitären Tradition» des Wegsperrens und Entführens können auch «Fahrende» erzählen. Von 1926 bis 1972 wurden etwa 600 Kinder von als «Fahrende» definierten Paaren mit Gewalt aus ihren Familien gerissen und in Anstalten, «Heime» und Gefängnisse gesteckt oder auch als Sklavenarbeiter an Bauern verschenkt. Es war nicht etwa ein irreführender Hilfewillen, der zu den Verbrechen der «Aktion Kinder der Langstrasse» geführt hat, sondern offener Rassismus: Die Kinder bildeten «einen dunklen Fleck in unserm auf seine Kulturordnung so stolzen Schweizerlande...», sagte damals ein Bundesrat.

Noch Jahre nach der Niederlage der faschistischen Staaten in Europa, in denen Fahrende allgemein und Roma und Sinti im Speziellen systematisch verfolgt und ermordet worden waren, haben sich in der Schweiz also Beamte, Psychiater, Ärzte und Angestellte von Hilfswerken damit beschäftigt, Kinder aus «asozial» genannten Familien zu reißen und sie so in die angebliche «Kultur» der Mehrheit zu «integrieren». Es ging den Verbrechern darum, das phantasierte «wertvollere Erbgut» des «richtigen» Schweizer Volkes zu schützen.

Abbildung aus
CINEMA PANOTPICUM
von Thomas Ott
© 2005 Verlag bbb Edition
Moderne AG, Zürich

Weder Verantwortliche für die Administrativ-Versorgungen noch für den Kinderraub von Fahrenden wurden je irgendwie verfolgt. Einigen Opfern des Kinderraubs hat man Entschädigungen von 2000 bis 7000 Franken bezahlt. Das entspricht im Maximum etwa einem Achtel der Kosten, die die Ausscheidungshaft für einen einzigen Flüchtling, der das Land verlassen sollte, kostet.

«Landjegi» hiessen die Säuberungsoperationen gegen Arme, Landlose, Fremde, Vagabunden.

Tradition 2: Ausschaffen «Landjegi» hiessen die systematischen Jagden bewaffneter Horden von (verhältnismässig) Reichen auf Arme, Landlose, Fremde und «Vagabunden» im 16. und 17. Jahrhundert im Bern- und Züribiet, in Baselland, Glarus, Zentral-, West- und Ostschweiz. Die Herren verkauften die gefangenen Opfer an die Todesgaleeren von Venedig, Spanien und Frankreich oder unterhielten sogar eigene Galeeren auf dem Vierwaldstätter- und Genfersee. Wer an die Ruderbank gekettet wurde, überlebte nicht lange.

Mit der «Landjegi» säuberten die, die noch ein Haus, eine Werkstatt oder Felder besaßen oder wenigstens benutzen durften, im Auftrag ihrer Herren das Land von denjenigen, die das nicht mehr hatten, oder die auf der Flucht vor Hunger oder Krieg in eine andere Gegend gezogen waren.

Später ersetzte «Amerika» die Galeeren. In manchen Kantonen wurden unerwünschte EinwohnerInnen – und zwar nicht etwa «Illegale», sondern «echte Schweizer Bürger» (wie gewisse Leute heute sagen würden) – in eine ungewisse Zukunft, etwa in die Urwaldrodungen Brasiliens, geschickt. So konnten Strafgefangene im Kanton Wallis im 19. Jahrhundert ein Gesuch um Begnadigung stellen, wenn sie sich verpflichteten auszuwandern. Irrer noch: Man hat geistig oder körperlich Behinderte, aber auch die Kinder von Armen, an Auswanderer «verkauft», die diese dann – als eine Art Sklaven – mitgenommen haben.

Loswerden, ausschaffen statt «humanitäre Tradition»: Man findet leicht noch mehr Beispiele dieser schweizerischen Tradition, die unterdessen zur fixen Idee der Politik geworden ist. So haben die Schweizer Migrationsbehörden, die früher ehrlicher «Fremdenpolizei» hiessen, jahrzehntelang Arbeiter, die bei der Arbeit invalid geworden waren, ausgewiesen. Man hat Invaliden, also wohlgeerntete Leuten, die sich für ihre Arbeitgeber und damit «die Schweiz» fast zu Tode gekrampft haben, einfach die Jahresaufenthaltsbewilligung nicht verlängert. Egal, ob ihre Kinder hier in die

Schule gingen und ob sie ausgerechnet bei der Arbeit einen Unfall erlitten hatten.

Menschenrechte nur dank den Gewehren der Besatzer Und dann gibt es da noch die Tradition der Traditionen: Die Ablehnung von «Fremdherrschaft» und sowieso von «fremden Richtern» und den angeblich ungeheuren Freiheitsdrang der Schweizer zwischen 1291 und 1945, der mit dem im Bundesbrief von 1291 festgelegten Bündnis der drei «Urkantone» seinen Anfang gefunden haben soll. So zumindest erzählte es mein Primarschulbuch in den 1960er Jahren und so erzählt es ein superreicher Hobby-Historiker jeden Sonntag im Internet-Fernsehen.

Abgesehen davon, dass der «Bundesbrief» – ein Deal zwischen lokalen Stammeshefchen – einer von vielen in der Gegend und in Latein geschrieben, also nicht «fürs Volk», war, war die heutige Schweiz danach keineswegs ein Hort der Freiheit. Und schon gar nicht der Menschenrechte. Grosse Gebiete der heutigen Schweiz (Thurgau, Aargau, Jura, Baselland, Waadt, Teile des Tessins, des Toggenburgs) waren Untertanengebiete der «Eidgenossen», die Menschen ausgeplündert, verarmt und ohne Rechte.

Menschenrechte und Freiheit, selbst das Verbot willkürlicher Besteuerung, wurden den herrschenden SchweizerInnen durch «fremde Richter» und ihre Soldaten (bei) gebracht. Es war die «Helvetische Republik», eingerichtet auf Druck Napoleons, die die Polizei-Folter am 28. Mai 1798 abgeschafft hat. Am gleichen Tag wurde die Anrede «Herr» durch «Bürger» ersetzt und die Sonderbesteuerung der Juden beendet. Die fremden (französischen) Richter und ihre Soldaten waren zwar nicht lange in der Schweiz, doch ihre Hilfe war entscheidend für die Modernisierung des bettelarmen und rückständigen Landes.

Aus Liebe zur Schweiz Die Schweiz war in nicht allzu ferner Vergangenheit ein mausarmes und grausames Land – in grossen Teilen eine primitive und gewalttätige, von üblen Warlords kontrollierte Bergwüste in der Mitte Europas. Nun ist es ein reiches Land mit hervorragenden Spitälern, für alle kostenlosen Universitätsbibliotheken, dem besten Eisenbahnnetz der Welt und Dreisprachigkeit, das umweltschädliche Industrien erfolgreich nach Osteuropa, Afrika und Asien ausgelagert hat und nur noch deren Erträge entgegennimmt. Was genau haben jene vor, die behaupten, früher sei «Freiheit» und «Volkswille» und «humanitäre Tradition» gewesen?

— Alois Hinterfuhren ist langjähriger Kolumnist von **antidot** und anderen linken Blättern.

ANZEIGE

HALTS MAUL SCHWEIZ

Massen-Verblöding.

Fahnen 100x70cm, in den Farben blau, grün, rot, gelb

Jetzt Kleber und Fahnen bestellen
www.halts-maul.ch

Konzerte, Kulinarische Spezialitäten, Spielturniere, Vorträge, schöne Gartenbeiz
Regional-Bio-Fair
Kollektiv geführt seit 1981

30 Jahre
1981 g e s e l l s c h a f t
BRASSERIE
LORRRAINE

Informiere dich über unser Programm unter: info@brasserie-lorraine.ch www.brasserie-lorraine.ch

Ein Ende des Dialogs ist notwendig

Rechtspopulismus ist ein europäischer Normalzustand. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) lässt sich nahtlos in den europäischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Reigen einordnen. Mit ihrer Politik, die auf den Prinzipien der Ethnizität und der neoliberalen Leistungsgesellschaft aufbaut, öffnet sie die Tür für bislang tabuisierte Lösungen gesellschaftlicher Konflikte.

Seit der Durchsetzung des Neoliberalismus und der rasanten Umstrukturierung der wirtschaftlichen/politischen Staatsgefüge in Europa ab 1990 entwickelt sich speziell in West-Europa eine neue populistische extreme Rechte. 2011 sitzen in fast allen europäischen Parlamenten deren VertreterInnen und bestimmen massgeblich die politischen Agenden.

In regelmässigen Intervallen kursieren die Nachrichten über rechtsextrem motivierte Straftaten und Morde, verübt in eben noch als weltoffen angesehenen, den demokratischen Spielregeln und der Unverletzlichkeit der Menschenwürde verpflichteten Staaten. In Norwegen ermordet ein ausgewiesener Islam- und Fremdenhasser und ehemaliges Mitglied der rechtspopulistischen Fortschrittspartei 69 TeilnehmerInnen eines sozialdemokratischen Jugendcamps. In Ungarn werden Sinti und Roma von Neonazis und rechten Bürgerwehren angegriffen, während sie in der italienischen Hauptstadt Rom staatlich sanktioniert aus den Strassen geprügelt werden. In Deutschland revitalisiert der Sozialdemokrat Thilo Sarrazin mittels einer Neuauflage der «Rassenpolitik» das Zwanzigste Jahrhundert.

Gegen MigrantInnen, Islam und EU Alle Spielarten der rechtsextremen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Äusserungen vereint aktuell die Argumentation gegen: «die MigrantInnen», «den Islam» und «die Europäische Union».

Die Dominanzkultur-These¹ nach Birgit Rommelspacher besagt, dass Personen, die «sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren», die «das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren»,

für rassistische und autoritär-nationalistische Einstellungen besonders anfällig sind. Demnach ist der Neorassismus «in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten bzw. jener, von denen erwartet wird und die von sich selbst erwarten, dass sie einmal dazugehören werden [...]».

Zieht man nach Dörre² die aktuellen Erscheinungsformen rechtsextremer Ideologie heran, den konformistischen Rechtsextremismus derer, die sich mit dem neoliberalen Leistungs-, Konkurrenz- und Ausschlussprinzip identifizieren, und den «rebellischen» der «Modernisierungsverlierer», verwundert es nicht, dass die populistische extreme Rechte, die mehrheitlich marktradikal, wohlstandschauvinistisch, standort-nationalistisch positioniert ist, ein altes Feindbild wiederentdeckt: «die Muslime». In der Argumentation der Rechten erfüllen sie unter anderem zwei Aspekte. Einerseits als eine Gruppe häufig sozial marginalisierter Menschen, andererseits als potenzielle grosse Migrationsgruppe. Erst einmal als «das Andere» definiert, welches die «eigene Kultur» unterwandert, kann die Gruppe eingegrenzt und ausgeschlossen werden. Sie dient der nationalstaatlichen Identität als Abgrenzung und wird zur Spielkarte im europäischen neoliberalen Verteilungskampf.

Dennoch agiert die neue populistische extreme Rechte weder rein ökonomisch zweckorientiert, noch hat sie im westlichen Wertekanon den Antisemitismus ad acta gelegt. Christlich-fundamentalistische Heilsphantasien sind ebenso wirkungsmächtig wie völkische und nationalistische Identitätsideologien. Dementsprechend findet auch keine Auseinandersetzung mit dem Islamismus als religiös-politische Weltanschauung statt, deren zentrale Elemente (Rückkehr zu «wahren

Werten», Frauenbild) sich zu oft mit denen der Christlich-Konservativen und Rechtsextremen treffen.

Ein weiteres Merkmal rechtspopulistischer Ideologie ist in einer zunächst rhetorischen Figur zu erkennen. Man stilisiert die eigene Haltung zur unterdrückten Minderheitsmeinung und setzt sich genau damit als Mehrheitsmeinung in der Mitte der Bevölkerung durch. Es wird behauptet, über tabuisierte Themen zu sprechen und im Falle einer parlamentarischen Vertretung wird diese zum Sprachrohr der unterdrückten Meinung.

Vorstellung der Ungleichheit tritt an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit.

Die SVP reiht sich nahtlos in Europas rechten Reigen ein Obwohl die Schweizer Rechte immer wieder bemüht ist, die Besonderheit des schweizerischen politischen Gefüges herauszustellen, sind insbesondere die Etablierung der SVP durch ihre rechtspopulistische Identitätspolitik wie auch ihre Stilisierung zum Sprachrohr der unterdrückten Meinung zwei Merkmale, mit denen sich die Schweiz nahtlos in den rechten europäischen Reigen einordnen lässt.

Die SVP entstand in ihrem heutigen Erscheinungsbild in den 1990er Jahren. Der parteiinterne Umschwung wurde vom Zürcher Parteiflügel unter Christoph Blocher eingeleitet. Die Partei entwickelte sich von einer Bauern- und Unterer-Mittelstands-Partei zur stimmenstärksten Partei. Kennzeichnend ist eine permanente Präsenz in der Öffentlichkeit durch Initiativlancierung und tatkräftig wirkendes Auftreten bei zeitgleichem Einführen einer starken Front-

figur, starker hierarchischer Parteistrukturen und Entwicklung einer PR-Strategie mit Christoph Blochers Millionen.

Das Handeln rechtspopulistischer Akteure ist strikt auf Konflikt und nicht auf Konsens ausgerichtet³. Von der SVP werden genau die Themenfelder ausgesucht, die eine «Entweder-Oder»-Rhetorik zulassen. Konsensorientierte Politik kann dem nichts entgegensetzen. Die Antwort der SVP wird immer ein markiges «Nein» sein. Ihre Propaganda greift nicht vorhandene Sorgen auf und sucht Lösungen auf der Basis emanzipatorischer Werte, sondern manifestiert mittels ihrer durch Millionen finanzierten Kampagnen Resentiments. Sie ist der Inbegriff elitärer Haltung, für die die Masse der Menschen Objekt von Propaganda ist, nicht Subjekt aufklärungsorientierter Diskussionen.

Spezifisch wird in der Schweiz auf den direkten Volksentscheid als angeblich einzig wahres basisdemokratisches Element insistiert. Damit kann sich die SVP als Sprachrohr der Eidgenossen inszenieren. Wird aber der Volkswille, gestützt auf Ethnizität und Leistungsprinzip, zum einzig legitimen Recht, ist die Tür für eine Politik, die selbst völkerrechtliche Standards unterläuft, weit geöffnet.

«Auflösung des Sozialen» verbindet Mitte und Rechte Im bürgerlichen Parteienspektrum wird kaum Widerstand zu erwarten sein. Gerd Wiegel⁴ sieht die Geistesverwandtschaft zwischen der Neuen Rechten sowie den politischen Machthabern und den etablierten Parteien in einer Relativierung beziehungsweise Auflösung des Sozialen. Er weist darauf hin, «dass auch in der Mitte die Antworten auf die soziale Frage nur noch aus Elementen rechter Ideologie bestehen, dass also die Vorstellung der

prinzipiellen und anthropologisch begründeten Ungleichheit an die Stelle von Solidarität, Emanzipation und Gleichheit getreten ist».

1820 Menschen⁵ sind allein in der ersten Jahreshälfte 2011 im Mittelmeer gestorben – aufgrund bewusst unterlassener Hilfeleistung, auf der Grundlage einer durch Mitte-Links-Parteien getragenen europäischen Grenzpolitik mit dem wohlstandschauvinistischen Ziel, ihnen kein Stückchen vom kapitalistischen Küchlein zu gewähren.

Die RechtspopulistInnen übernehmen in der momentanen politischen Landschaft die Rolle der StichwortgeberInnen. Ihre markigen, enttabuisierenden Forderungen werden von den Mitte-Links-Parteien nicht an-, sondern aufgegriffen.

Die Enttabuisierung von rechtsextremen Meinungen und Lösungsvorschlägen für gesellschaftliche Probleme hat in Europa eine Geschichte: die des Faschismus und Nationalsozialismus mit all seinen Toten. Wer es prinzipiell richtig findet, jedes Tabu zu brechen, bricht eines Tages auch das der Folter, der Todesstrafe und der Option auf faschistische Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse.

— **Mika Kunstmann und Katja Weyer**
leben und arbeiten in Zürich.

— Anmerkungen

- 1 Rommelspacher, Birgit: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995; S. 86.
- 2 Dörre, Klaus: Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung? http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_29.pdf, abgerufen: 17. Aug. 2011
- 3 Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. In: SWP Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin 2007
- 4 Wiegel, Gerd zitiert aus: Butterwegge, Christoph: Die zentralen Herausforderungen für den Antifaschismus: Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus <http://www.vvn.telebus.de/flugis/060527bu.pdf>, abgerufen am 18. Aug. 2011
- 5 Prantl, Heribert: Gestorben an der Hoffnung. In: SZ, 04. Aug. 2011. <http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-fluechtlingspolitik-gestorben-an-der-hoffnung-1.1128073>; abgerufen am 18. Aug. 2011.

Sand statt Sägemehl

La lutte. Ist Schwingen der Schweizer Nationalsport? Denkste. Im Senegal wurde schon an Hosen gerissen, als Tell noch in die Windeln schiss.

Zwei Männer umkreisen sich langsam. Mit gebeugten Oberkörpern taxieren sie sich gegenseitig, schätzen die Lage ab, die Kraft ihres Gegners. Dann stürzt einer nach vorn, umklammert den Oberkörper des Kontrahenten und versucht ihn zu Fall zu bringen. Das Publikum jöhlt, schreit und applaudiert. Der Gegner versucht sich mit einer schnellen Drehung zu befreien. Sand spritzt auf. Sand? Der fehlt in der Schweiz, alles andere können wir auch bieten. Zwei Männer, ein Ring, ein Kampf.



Bild zVg

Grosse Stadien Die Schweizer Schwinger stehen im Ring aus Sägemehl. Ein Material, das zur Schweiz gehört wie die Schoggi. Die senegalesischen Lutteurs stehen im Ring aus Sand. Auch das relativ naheliegend, besteht dieses Land doch hauptsächlich aus eben diesem. Wenn es eine Sportart gibt, die hier wie dort im fernen Afrika die Massen mobilisieren kann, dann ist es das Schwingen. La Lutte im senegalesischen Sprachgebrauch. Zum Eidgenössischen Schwingfest in Aarau kamen mehrere zehntausend begeisterte Sport- und Schweizfans. Treffen im Senegal zwei Kontrahenten aufeinander, kommt das öffentliche Leben zu Stillstand. Wer sich den Eintritt in die grossen Stadien nicht leisten kann, geniesst das Spektakel vor dem Fernseher – oder vor einem Radio. Ein Sport der verbindet – hüben wie drüben. Die Gemeinsamkeiten zwischen der schweizerischen Schwingete und der senegalesischen Lutte sind augenfällig.

La Lutte wurde schon an den Königshäusern des Mali-Reiches im 11. Jahrhundert gepflegt. Die Kämpfer angesehene Mitglieder des Hofes: gefeiert, verehrt. Nicht ganz so exklusiv das Schwingen in der Schweiz. Aber wir hatten ja auch keine Könige. Gell! Schwingen war ursprünglich Sportvergnügen der Hirten. Die grosse Frage: Wie kam es dahin, in die hohen Berge? Was verbindet La Lutte und Schwingen? Ganz klar: Die französische Besatzung der beiden Länder.

Die Bemühungen der französischen Herren, den wilden Schwarzen Boule beizubringen, scheiterten kläglich. Le Foot hingegen verdrängte La Lutte beinahe von Platz Eins der beliebtesten Nationalsportarten der Senegalesen. Aber eben nur beinahe! Auch die wilden Eidgenossen zeigten keinerlei Ambitionen beim Metallkugeln-durch-die-Luft-Werfen und für Le Foot leider wenig bis fast kein Talent. Den ungehobelten Hirten La Lutte beizubringen, klappte hingegen gut. Bringt ihnen Brot, Spiele und Demokratie, befahl der kleine Franzose. Ein Nationalsport war geboren! Natürlich musste das ganze ein bisschen zivilisierter zugehen als bei den schwarzen Mannen. Da liess sich die Grande Nation nicht lumpen. Hemmli statt nackter Oberkörper, Hosenlupf statt Angriff auf kaum verdeckte Männlichkeit. Auch die Trommeln und die traditionellen Tänze konnten nicht glaubhaft in die Alpennation transferiert werden. Da waren doch die Kuhglocken und echoverursachenden Gesänge schon einiges naheliegender. Und im Sägemehl sollen sie sich wälzen. Denn es sollte ja nicht nur Nationalsport werden, nein, die Völker der Alten Eidgenossenschaft sollten verbunden werden. Gemeinsame Traditionen schaffen das Gefühl von Heimat, Zugehörigkeit, Vaterland und Brüderlichkeit. So in etwa. Hat geklappt, oder?

Lutte vor Schwung Bis auf einige wenige Tatsachen ist das oben Beschriebene frei erfunden. Tatsächlich reicht die Tradition von La Lutte bis ins 11. Jahrhundert zurück und wurde an den Königshäusern gepflegt. Die Tradition des Schwingens lässt sich nicht so weit zurückverfolgen. Ein erster Hinweis findet sich in einem Bild aus dem 13. Jahrhundert in der Kathedrale von Lausanne. Danach können erst um 1600 erste Schwingkämpfe unter den Hirten nachgewiesen werden. Auch andere Völker und Kulturen kennen abgewandelte Formen dieser Kampfsportart. Wo der Ursprung liegt, ist unbekannt.

— **Anja Peter ist Historikerin, lebt in Bern und reist manchmal nach Dakar, Senegal.**

Der Feind hockt überall

Besuch in Unteriberg. Wie muss man ticken, um die Minarettinitiative mit über 90 Prozent anzunehmen? Unteriberg im Kanton Schwyz ist die konservativste Gemeinde der Schweiz – alles andere als repräsentativ, aber geeignet für eine Spurensuche. Wir sind am 1. August dieses Jahres dort zu Besuch gewesen.

Wahlen Nationalrat, Anteil SVP in Prozente

2007	
Unteriberg	76,0
Kanton Schwyz	45,0
Gesamtschweiz	28,9
2003	
Unteriberg	73,8
Kanton Schwyz	43,6
Gesamtschweiz	26,7
1999	
Unteriberg	69,8
Kanton Schwyz	35,9
Gesamtschweiz	22,5
1995	
Unteriberg	44,3
Kanton Schwyz	21,5
Gesamtschweiz	14,9
1991	
Unteriberg	14,9
Kanton Schwyz	9,2
Gesamtschweiz	11,9

Hilf uns, segne, Herr, Dein Erbe.
Leit es auf der rechten Bahn,
dass der Feind es nicht verderbe.
Wart und pfleg es in der Zeit.
Nimm es auf in Ewigkeit.

Te Deum, 4. Strophe

Die vierte Strophe des Te Deum erklingt an diesem heiteren Morgen des 1. August 2011 aus rund hundert frommen Kehlen. Vor der kleinen Bühne auf dem Verbundsteinplatz zwischen Schul- und Gemeindehaus haben sich die FrühaufsteherInnen aus Unteriberg versammelt – all jene, die gestern nicht zu lange am Höhenfeuer gesessen haben, das mit patriotischer Korrektheit entzündet wurde, nachdem die Kirchenglocke Mitternacht geschlagen hatte. Und diese vierte Strophe sagt mehr als alles andere darüber aus, wie man hier oben die Welt sieht. Der Altar auf dem Bretterpodest ist aus Spanplatten, mit einer Marmorfolie überklebt, bedeckt mit weisser Spitze. Darauf flackern in ihren hohen, schlanken Ständern die Kerzen im sanften Wind, dazwischen die Utensilien der Liturgie, die goldenen Kelche für Blut und Leib, die Heilige Schrift. In Unteriberg – 1915 Katholiken, 219 Protestanten, 133 Konfessionslose, 38 andere – beginnt der 1. August mit der «Messe für Volk und Vaterland». Der wichtigste Mann an diesem Tag ist der Pfarrer. «Es ist ein Geflecht», sagt er in seiner Predigt bescheiden über das Zusammensein von Staat und Kirche. Er spricht von Koexistenz in gegenseitigem Respekt. Was er meint: Es ist ein Staat von Gottes Gnaden. Die Bundesverfassung, die beginnt schliesslich immer noch mit den Worten: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» Und es ist Gott, der «allen die rechte Gesinnung» gibt, und den Verantwortungsträgern im Staat die nötige Weisheit.

Petrus, der Patriot Der oberste Verantwortliche in Unteriberg heisst Josef Schatt, aber heute spielt er nur die zweite Geige. Der CVP-Gemeindepräsident ist ein Bär von einem Mann mit einem dezenten Schnauz unter der Nase. «Der Petrus ist auch ein Schweizer», sagt er nach der Messe ins Mikrofon, das er in seinen groben Händen hält, die von einem Leben harter Arbeit zeugen. Es ist ein prächtiger Morgen an diesem 1. August, man hat kaum mehr daran geglaubt, und man freut sich, dass der Petrus sich als Patriot zu erkennen gibt. Viel Regen ist gefallen dieses Jahr, der Juni war verseicht, und der Juli erst. Und in Unteriberg, 930 Meter über Meer, wo die Landwirtschaft ein Viertel der Leute beschäftigt, heisst das noch etwas. Der 1. August ist ein Tag zum Heuen. Die Arbeit des Bauern kennt keinen Feiertag, auch nicht

den Geburtstag des Vaterlandes. Ja, in Unteriberg sagt man nicht Nationalfeiertag. Und Bundesfeier schon gar nicht. Unteriberg ist laut dem «Atlas der politischen Schweiz» die konservativste Gemeinde des Landes. Oder die rechteste, heute spielt das keinen Riegel mehr, hier im Kanton Schwyz, wo von 100 Parlamentariern 41 SVPLer sind. Das war nicht immer so: Noch vor 15 Jahren war die CVP mit 46 von 100 Kantonsräten die dominierende Kraft im Kanton, und die SVP, die kam gerade mal auf 12. Vier Jahre später legten die Rechtsbürgerlichen schon auf 20 Sitze zu, 2004 wurden es nochmals vier mehr. Bei den letzten Wahlen 2008 hat die Schwyzer SVP den rechten Rand der einstigen Katholisch-Konservativen, und in geringerem Mass auch der FDP, definitiv aufgesogen. Auch die SP hat im Schwyzer Parlament verloren, wenn auch auf ohnehin tiefem Niveau: Von ihren 11 Sitzen von 1996 hat sie 2007 zwei abgegeben.

«Wenn man Nein sagt, wird's sicher nicht schlimmer» Noch eindrücklicher ist die Entwicklung bei den Ergebnissen auf nationaler Ebene: 1991 kam die CVP im Kanton Schwyz bei den Nationalratswahlen auf fast 33 Prozent, die SVP machte gerade einmal 9,2 Prozent. Bei den letzten Wahlen von 2007, also eine Generation von Wahlberechtigten später, macht die SVP fast 45 Prozent der Stimmen, nochmals die Hälfte mehr also als die 30 Prozent, die sie schweizweit zur stärksten Partei machen. Und Unteriberg sticht sogar in diesem rechtskonservativen Mikrokosmos noch einmal deutlich heraus. 76 Prozent der Stimmen hat die SVP hier bei den letzten Wahlen erreicht.

«Wenn man Nein sagt, dann wird's sicher nicht schlimmer», bringt Franz Laimbacher die Einstellung seiner MitbürgerInnen auf den Punkt. Laimbacher ist Gemeindeförster und Vertreter der SVP im Kantonsrat. Er und sein Einsiedler Ratskollege sind die Einzigen, die im Anzug erschienen sind. Ansonsten trägt man lockere Sonntagskluft, karierte Kurzarmhemden über Jeans, eine Tracht ist zu sehen, Schweizerkreuze fast keine. Das «Nein» hat man hier zum politischen Prinzip erhoben. Nein zur LSA, zur Mehrwertsteuer, zur erleichterten Einbürgerung junger Ausländer, zu den Bilateralen, zur Personenfreizügigkeit, zur Gleichberechtigung und zur Fristenlösung. Nein auch damals zum Frauenstimmrecht. Und nein zur Bundesverfassung, 1848 genauso wie 1999. Kurz: Nein zu allem, was aus Bern kommt: «Wehret den Anfängen!» Ja gesagt haben sie zum Minarettverbot, das in dieser Bundesverfassung steht, in Unteriberg gleich mit 91 Prozent. Die Ausschaffungsinitiative vom letzten Jahr kam auf über 80 Prozent.



«Zuerst schaut die Familie» «Möge Gott allen Menschen die Herzen öffnen, auf dass alle gleich behandelt werden», so die Worte, mit denen der Pfarrer seine Rede beendet, bevor er zur Liturgie übergeht. Gutes tun, anderen helfen, Mängel ausgleichen, so seine Anweisung. Eigentlich sind die Unteriberger ein offenes Völklein. Kaum sitzt man am Tisch, bei Kafi und Brunch, schon ist man per Du. Jeder weiss, wozu die zwei aus der Stadt gekommen sind, der Gemeindepräsident hat sie vorgestellt, die Herren von der Presse, «die sehen sollen, dass wir gar nicht so konservativ sind». Mit dem Ruf, den sie haben, sind die Unteriberger die Medien gewohnt, auch die Rundschau war schon da diesen Sommer. «Weisst du, wir sind hier einfach sehr für unsere Traditionen», sagt ein Bulliger mit vollen, schwarzen Locken zwischen zwei Bissen Eier mit Speck. «Das, was wir haben, das wollen wir nicht kaputt machen. Wir haben nichts gegen Ausländer, wenn jetzt einer kommt und sich anpasst, dann haben wir keine Mühe.»

Was heisst anpassen? «Dass er dabei ist im Dorf, am Vereinsleben teilnimmt. Und dass er nicht von der Sozialhilfe abhängig ist.» Der Sozialvorstand von Unteriberg ist ein junger Blonder mit schlaun Augen. Auch seine Hände erzählen von der Arbeit im Stall oder auf der Baustelle. Sehr zurückhaltend nur gibt er Auskunft. Wieviele Dossiers in seinem Aktenschrank liegen, will er nicht sagen. Viele seien es nicht: «Es sind vor allem alte Leute, die dann irgendwann einen Vormund brauchen. Wenn sie nicht mehr drauskommen.» Und grundsätzlich sei der Zusammenhalt hier oben eben noch stärker. «Wenn jemand in finanzielle Not gerät, schaut zuerst die Familie. Wir sind nicht gern abhängig.» Einbürgerungen gibt es selten in Unter-

berg, «eine pro Jahr, letztes Jahr gar keine», sagt Schatt. Eine Familie habe zwar einen Antrag gestellt und trabte vor der Einbürgerungskommission an. Die Szene, die sich dann abspielte, hätte auch das Drehbuch des Films «Schweizermacher» nicht skurriler schreiben können. «Die wussten nicht einmal, was der Stöckmärchet (der Stöckmarkt, Anm. d. Red.) ist. Das ist hier bei uns im Dorf der grösste Festtag. Ein bisschen etwas sollte man von der Gemeinde schon wissen nach ein paar Jahren», sagt Schatt. Die Antragsteller hätten dann auch eingeräumt: «Wir wollen doch einfach den Pass.» Den Pass eines Landes, in dem niemand den Stöckmärchet kennt, ausser den 2303 Menschen zuhinterst im Tal, für die er das Fest des Jahres ist.

Von der Weitsicht und linken Rechtsverdrehern Die Feldmusik Alpenrösli macht Pause. Während der Messe sassen die rund 20 Mannen und Frauen mit ihren Klarinetten und Hörnern und der Standarte im Rücken neben der Bühne und begleiteten den Gesang des Volkes. Der Dirigent ist ein Profi, Berufsoffizier der Schweizer Armee, Majorsrang. Früher war er vier Jahre im Vatikan und eben dort Leiter des Spiels der Schweizergarde, der Stolz des Dorfes. Die Musikanten sitzen an einem Festbank. Ungeduld macht sich breit, erst am Mittag soll der Schweizerpsalm erklingen, die Landeshymne. Doch man hat keine Zeit zum Warten, wie gesagt, es ist ein Tag zum Heuen. Ein Hornist, schlank mit weissem Haar und weissem Bart, sieht im weissen Sennenkuteli der Feldmusik aus wie ein dürrer Tell. Er holt zum Rundumschlag aus, in einem trägen, aber eingänglichen Schwyzerdütsch, das ihm nicht abhanden gekommen ist: «Ich habe fast 20 Jahre lang uswärtig gelebt, unten in den Städten, und ich sage dir, wir Unteriberger sind nicht konserva-

Abbildung aus
R.I.P. – BEST OF 1985–2004
von Thomas Ott
© 2010 Verlag bbb Edition
Moderne AG, Zürich

tiv. Die in Bern sind konservativ, in ihren Altstadt-Kellern unten, wo sie dich nicht reinlassen, wenn sie dich nicht kennen.» Nein, die Unteriberger, die sehen «eben einfach ein bisschen über alles hinaus». Sie hätten hier 30 Asylanten gehabt, obwohl sie bloss 20 müssten, und die haben sie alle zum Arbeiten gebracht. «Dann kamen die Linken und haben sie uns wieder ausgeschafft. Die Linken wollen keine Asylanten, die arbeiten. Die Linken wollen nur solche, die dem Sozialstaat auf der Tasche hocken. Wer verdient denn am Sozialstaat? Das sind die Schlimmsten: Die linken Rechtsverdrehen und die Juristen in Bern. Die lügen alle, die ganze Zeit.» Und der Pfaff, sagt er zum Schluss, der sei ein Rechtsextremer. Nicht ganz so schlimm wie der letzte, aber eben. In diesem Weltbild hockt der Feind überall, der Feind, der alles zu verderben droht. Der einem die Heimat zur Fremde macht. Die Mehrheit fühlt sich als bedrohte Minderheit.

«Mit kindlichem Vertrauen eil' ich in
Vaters Arme, fleh' reuerfüllt: Erbarme,
erbarm' o Herr Dich mein!».

Wohin soll ich mich wenden, 3. Strophe

Die Sünneli-Partei und die dunklen Wolken Die Sehnsucht nach der heilen Welt der Väter, nach einfachen Wegen durch eine immer verworrenere Welt, beschert der Milliardärs-Partei die Stimmen der einfachen Leute. «Ganz einfach: Die Schlagwortpolitik der Führer-Partei», antwortet der CVP-Gemeindepräsident kurz und bündig auf die Frage nach der Ursache für die Sympathie, die der SVP hier entgegengebracht wird, mit ihrem kruden, toxischen Gemisch aus neoliberaler Sozialpolitik, menschenverachtendem Migrationsregime und nationaler Abschottung. Viele Leute, sagt Schatt, sehen die Zusammenhänge nicht.

Dabei sind die Zusammenhänge heute sogar bis auf den Dorfplatz gekommen. Alois Gmür, Kantonsrat CVP aus Einsiedeln, Chef der Brauerei und Stiftungsratspräsident des lokalen Spitals, hält die Festrede. Es ist eine kämpferische Ansprache und eine, die nur am Rande mit dem Geburtstag des Vaterlandes zu tun hat: Was die Menschen in Unteriberg so wie im ganzen Kanton bewegt, ist der drohende Todestag des Spitals Einsiedeln, das von der Regierung weggespart werden soll, mitsamt Arbeitsplätzen. Ein Politikum, das die Volkseele zum Kochen gebracht hat und für Schwyzer Verhältnisse so etwas wie eine Revolution ausgelöst hat. Es hängen in der ganzen Region Plakate, die Leute tragen

dort sitzen ja nur zwei SVP-Vertreter, in der Bildung und im Umweltsdepartement. Der zuständige Direktor des Inneren kommt aus der SP.

«Je vernetzter, desto blödsinniger» Und was für ein Verständnis von Staat und Individuum hat der Unteriberger Gemeindeförster und SVP-Kantonsrat? Die Antwort überrascht nicht. «So wenig Einschränkung wie möglich», sagt Franz Laimbacher. «Je breiter und vernetzter man ein Gesetz anlegt, desto blödsinniger wird es.» Als Beispiel nennt er die Verpflichtung der Gemeinden zum Anbieten von Mittagstischen für Schulkinder. «Wir brauchen das hier nicht. Was wir brauchen, ist ein Schul-



Je komplexer die Welt, desto höher steigt das Sünneli.
Foto: Silvan Heuberger

Pro-Spital-Pins und haben sogar demonstriert. Oft kommt das hier oben nicht vor. Die drohende Schliessung ist eine komplexe Geschichte. Aber sie lässt sich zurückführen auf die Sparpolitik des Kantons. Sparen ist das oberste Gebot in diesem Kanton, der über ein Eigenkapital von einer guten halben Milliarde Franken verfügt und die Ausgaben dennoch so tief wie möglich hält. Dafür wurden in den letzten Jahren sukzessive die Steuern gesenkt – Sozialpolitik à la SVP. Sparen ist oberstes Gebot. «Steuern senken für alle», lautete eines der Wahlversprechen im «Vertrag mit dem Volk», mit dem sich auch der Schwyzer SVP-Präsident und Nationalrat Pirmin Schwander 2007 inszenierte. Ein Leserbriefschreiber drückte es in der Luzerner Zeitung ungefähr so aus: Jeder, der die Sünneli-Partei wählt, ist gegen das Spital. Nach Gmürs Rede macht Gemeindepräsident Schatt die Runde und hält dem Einen oder der Anderen das Mikrofon hin. Man ist sich einig: «Eine Schnapsidee!» «Am Volk vorbei politisiert!» «Wir werden uns wehren!» Von der Sünneli-Partei und ihrer Übermacht in der Legislative spricht niemand. Schliesslich sind es «die in Schwyz oben», die Regierungsräte, die für die Umstrukturierung verantwortlich sind. Und

bus, der die Kinder zum Zmittag nach Hause bringt. Den dürfen wir dann aber aus diesen Mitteln nicht bezahlen.» Und das Minarettverbot, ist das nicht eine Einschränkung sondergleichen, die der Staat vornimmt? «Ein Minarett kümmert mich überhaupt nicht, solange ich in meinem eigenen Glauben nicht eingeschränkt bin. Aber schau dich doch um! Woher kommen denn die Kriege, die wir in den letzten 20 Jahren auf der Welt haben?» Mittlerweile geht es gegen Mittag, die Sonne ist längst hinter dem Gemeindehaus hervorgekommen und heizt der kleinen Festgemeinde ein. Schatt bringt einen der roten Rivella-Sonnenschirme. «Ist doch schön hier bei uns, oder?», sagt er, und ein Nein als Antwort wäre gelogen, wenn man nur vom «schön» und vom «hier» sprechen will. Man ist von Zopf und Käse zum Bier übergegangen, die Zahl der Feiernden auf dem kleinen Verbundsteinplatz zwischen Schul- und Gemeindehaus nimmt ab, die Geselligkeit zu. Früher als geplant ergreift die Feldmusik Alpenrösli die Initiative. Es ist Zeit, an die Arbeit zurückzukehren, Zeit für den Schweizerpsalm. «Guet, tümmer ufstah», ruft der Gemeindepräsident und bricht das Gespräch ab.

— Jamal Hauer ist Reporter in Zürich.

ANZEIGE

SCHLUSS MIT DER HEUCHELEI!
RECHTE FÜR SANS-PAPIERS!
REGULARISIERUNG JETZT!

kein mensch ist illegal

DEMO
SAMSTAG 1. OKT 2011

BESAMMLUNG: 14.30 UHR
SCHÜTZENMATTE | BERN
WWW.SANS-PAPIERS-BEWEGUNG.CH
DEMO BEWILLIGT! NICHT KLEBEN

AB 17.00H FESTIVAL
"GRENZEN SPRENGEN!"

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN ZÜRICH

DIE ZÜRCHER HÄUSERBEWEGUNG 1979-94
EINE FILMISCHE DOKUMENTATION

CHF 80.-
DVD-BOX

8 Teile / 5 DVD's / 428 Min.
Booklet / Bonus-Tracks
Erhältlich im Handel
oder direkt bestellen:
WWW.ZÜRICH.CH

Halts Maul Schweiz!

Ganz FEST gegen Rassismus
10. September ab 12:00 Reitschule

« Die müssen wissen, ohne uns können sie keine Integration machen »

Ein Gespräch über Integration. In den 1970er Jahren gab es in der Schweiz aktive MigrantInnenorganisationen wie die *Colonie Libere*. Heute fehlen diese in der politischen Auseinandersetzung vollständig – auch weil sich die schweizerische Linke als Ganzes nicht mehr darauf versteht, mit MigrantInnen politisch zusammenzuarbeiten.

Die aktuelle Lancierung dreier Initiativen zur Begrenzung der Anzahl «Ausländer» (eine von der SVP, eine von den Schweizer Demokraten SD und eine der Organisation ECOPOP) gehört zur schweizerischen Tradition. Deren Ursprung liegt in der ersten xenophoben Partei Westeuropas, der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA, heute Schweizer Demokraten). Die NA hatte ihren Höhepunkt 1971 nach der Schwarzenbach-Initiative, die den grösstenteils italienischen Ausländeranteil auf 10 Prozent senken wollte. Sie erhielt damals 46 Prozent Ja-Stimmen. Die *Federazione delle Colonie Libere Italiane* in Svizera, kurz *Colonie Libere*, rief damals zum Widerstand und zur Solidarität gegen die rassistische Hetze auf. Mittlerweile haben sich auch dank des Aufstiegs der SVP Rassismus und tägliche Diskriminierung von MigrantInnen in der Schweizer Gesellschaft etabliert – während sich (scheinbar) keine neuen politischen Interessengruppen von Immigrierten gebildet haben.

Ich führte ein Gespräch mit Warsame, der in Somalia geboren wurde und seit 10 Jahren in Bern lebt, über die staatlich geforderte Integration und MigrantInnenorganisationen heute.

Die Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten befürwortet offensichtlich eine rassistische SVP-Politik. Hast Du persönlich Rassismus in der Schweiz erlebt?

Jeden Tag. Es gibt bewussten und unbewussten Rassismus, der unbewusst ist am Schlimmsten.

Bis Ende des 20. Jahrhunderts gab es in der Schweiz keine vom

Staat organisierte Integrationspolitik. Der Staat überliess die Immigrierten sich selber.

Nur nichtstaatliche Organisationen, wie zum Beispiel die *Colonie Libere*, haben sich politisch für eine soziale und kulturelle Integration von MigrantInnen engagiert.

Meinst Du, dass eine solche politische Aktion heute möglich und notwendig wäre?

Heute ist es so, dass die – also der Staat – sagen, sie würden Integrationsprojekte machen. Es sind von Schweizern, von Sozialarbeitern geführte Projekte; von Leuten, die keine Ahnung haben von der Realität von Ausländern. Sie machen Integrationsprojekte, aber nur von einer Seite. Man kann sie nicht benutzen, das ist nicht Integration.

Das heisst, dass es politische MigrantInnenorganisation geben sollte?

Ja, aber weisst du, es gibt schon verschiedene Personen mit Migrationshintergrund, die selber daran arbeiten, die machen selber Integrationsprojekte. Wie wir mit der *Culture Factory*, mit unseren Konzerten und Kulturveranstaltungen. Wir machen selber Integrationsprojekte, aber ohne Unterstützung und ohne politische Statements. Wir sind eine Gruppe und diese Gruppe ist das Integrationsprojekt. Die Leute kommen zu uns und haben mehr Kontakt mit anderen Leuten. Wir zeigen, wie man Sachen machen kann. *Culture Factory* ist nur ein Beispiel, es gibt viele andere Organisationen. Solche Sachen sind immer Initiativen von einzelnen Personen und kleinen Gruppen. Wahr ist, dass die, die immer Integration sagen, wissen müssen, ohne uns können sie keine Integration machen. Die einzige Lösung

ist, zusammen an einen Tisch zu sitzen und zusammen zu schauen, was wir machen können.

Ihr erwartet, dass die Schweizer Behörden zu Euch kommen?

Ja, wir sind da und wir erwarten das, das muss kommen. Die müssen zu uns kommen und sagen: hey, wir wollen das richtig machen. Wie machen wir das, habt ihr eine Ahnung?

Und was ist, wenn sie nicht kommen?

Aber das geht nur so, dass kann man nicht anders machen. Das Gleiche gilt auch für die Linken, ich rede nicht nur über den Staat. Wenn du mal weisst, wo es die Leute gibt, sie kennst, kannst du sagen: Wir haben dieses Problem, wollen wir zusammen eine Lösung finden und wie können wir das machen?

Das heisst, auch die Linke, radikale oder nicht, soll zu Euch kommen?

Ja, die müssen kommen. Es gibt die Ausländer die Projekte haben. Es gibt 120 Ausländervereine in Bern, man kann nicht sagen, ich weiss nicht, wo sie sind. Sie sind da, die Linke muss mal hingehen, fragen, mitreden. Weisst Du, es ist nicht wie in Italien, dort gibt es die *Centri Sociali* in Rom und Milano, es gibt die Gewerkschaften. In jeder MigrantInnenorganisation ist ein Gewerkschafter, man arbeitet zusammen. Die Linke funktioniert nicht ohne die Ausländer. Wenn es in Italien eine politische Aktion gibt, gehen sie zu jedem Ausländerverein und sagen, hey es gibt Projekte, es gibt eine Demo.

Sehe ich das richtig: Es gibt für Dich gar keinen grossen Unterschied zwischen der Linken und dem Staat in der Schweiz?

Ja. Die wollen helfen, aber es gibt keine Zusammenarbeit. Die Linken haben das noch nicht in den Kopf bekommen. Denn hier gibt es die Ausländer, wir sind integriert, wir haben eine gute Arbeitsposition, wir können viel mehr machen. Ohne mehr Zusammenarbeit kann auch die Linke nicht wissen, was läuft. Zum Beispiel, wenn sie Ausländer mobilisieren wollen: Du kannst nicht *Sans Papiers* auf die Strasse bringen, du brauchst Leute mit Papieren, die keine Angst vor der Polizei haben.

Werden MigrantInnen von der Linken zu sehr als Objekte wahrgenommen?

Ja. Die Personen und ihre Ideen sind nicht gefragt. Wir sind nicht nur Opfer hier, «Ausländer» sind nicht nur *Sans Papiers*. Wir haben schon genug Assistenzialismus (Armenfürsorge) in Afrika, wir kommen nicht für das hierher. Wir sind viele hier, wenn niemand zu uns kommt, kommen wir sicher nicht von selber.

Auf welche Art und Weise könnte die Linke denn, jenseits vom Assistenzialismus, MigrantInnen aktiv in ihren Bedürfnissen und Forderungen unterstützen?

Wir wollen mitarbeiten. Sie müssen jetzt wissen, die Leute sind da und wir müssen zusammenarbeiten. Wir erwarten von den Linken, dass sie uns auf gleicher Augenhöhe treffen und uns fragen, was können wir machen? Wir können so einander besser helfen.

— Samantha Tomarchio hat an der Universität eine Studie über die Rolle der *Colonie Libere* in der Kampagne gegen die Schwarzenbach-Initiative Ende der 1960er Jahre verfasst.

Sind auch Sie ein Nazi?

Der privatisierte öffentliche Raum zerstört den «citoyen». Heute in Zürich Unterschriften zu erhalten für Forderungen, die den Nationalsozialisten nachempfunden sind? Kein Problem, wie eine künstlerische Intervention auf dem Löwenplatz bewiesen hat. Dabei zeigt sich, wie die geheimen Gelüste des Kleinbürgertums ans Tageslicht drängen.

Im Rahmen des Theaterprojekts «City of Change» von Milo Rau und Marcel Bächtiger am St.Galler Stadttheater simulierte eine Studierendengruppe der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) eine ausländerfeindliche Initiative. Die Studierenden stellten sich im Mai mit den Unterschriftenbogen an den Zürcher Löwenplatz. Die Bogen waren nach Art der SVP gestaltet, aber ohne deren Logo. Die Initiative trug den Namen «Dreck weg» und als Untertitel: «Die Schweiz den Blutschweizern».

Blutschweizer der 5. Generation

Die Initiative hatte drei Forderungen, die sowohl in der Stossrichtung als auch im Wortlaut den Nürnberger Rassengesetzen der NSDAP von 1935 sehr ähnlich waren, ja diese sogar noch überboten. Das waren die Forderungen: Der Nachweis der Schweizer Abstammung bis in die 5. Generation, das Verbot von so genannten «Mischehen» mit Ausländern und schliesslich ein Stempel im Schweizerpass für alle nicht reinrassigen Schweizer.

Das Resultat war folgendes: Innerhalb von weniger als einer Stunde waren um die zwanzig Unterschriften gesammelt. Fast alle, die stehen geblieben waren, hatten unterschrieben und waren zum Teil auch bereit, vor laufender Kamera Auskunft zu geben. Niemand wehrte sich gegen

die Aktion oder verweigerte nach der Lektüre des Initiativtextes die Unterschrift.

Versucht man die Tragweite dieser Sache zu erfassen, kommt zunächst die aufgeklärte Medienvernunft zum Tragen, die das Ganze als nicht ganz ernst zu nehmende Kunstaktion abtut und behauptet, dass sicher auch die meisten Passanten das Spiel durchschaut hätten. Ein anderes relativierendes Argument spielt die Karte des immer zu dummen Spässen aufgelegten Volkes. So reagierte zum Beispiel der SVP-Nationalrat Lukas Reimann: «Man kann für alles Unterschriften kriegen. Ein Freund von mir musste im Rahmen eines Anlasses der Studentenverbindung 50 Unterschriften von Frauen zur Abschaffung des Frauenstimmrechts sammeln, was ihm problemlos gelang.» Und drittens ist zu hören, dass die Dummheit halt nie aussterbe.

Buchstäblich zu allem bereit ... wenn das Logo stimmt

Aber man sollte sich hüten, sich die nötige Empörung über den Befund der «Dreck weg»-Initiative allzu leicht auschwätzen zu lassen. Denn jeder, der schon einmal auf der Strasse Unterschriften gesammelt hat, weiss: Niemand unterschreibt einfach so. Zwar ist es durchaus richtig, dass nur der kleinere Teil jener, die stehen bleiben, die Sachen sehr genau studieren und sich erklären lassen. Aber es

wäre grundfalsch daraus abzuleiten, die anderen würden einfach irgendwas unterschreiben, das sie allenfalls später bereuen würden. Vielmehr sind die meisten, die sofort zur Unterschrift bereit sind, buchstäblich zu allem bereit, was unter dem für sie Vertrauen erweckenden Slogan oder Signet, das sie an den Stand gelockt hat, nur irgend vorstellbar erscheint. Bei der «Dreck weg»-Unterschriftensammlung zum Beispiel die Zeichen- und Bildsprache der SVP. Ein Befund, der sich aufdrängt, hört man sich auf dem Video die Vorschläge der Leute an, die Sache mit den Ausländern noch radikaler zu lösen.

Es geht dabei nicht etwa darum, irgendeine Form von Pöbel als grundsätzlich rassistisch zu denunzieren. Sondern, es handelt sich um die schlichte psychoanalytische Einsicht, dass unser privates Begehren meist über das in einer politischen Öffentlichkeit vertretbare Mass hinaus geht. Zum politischen Problem werden die geheimen «Mordlüste» des Einzelnen erst, wenn er Anlass hat zu glauben, es werde öffentlich danach gefragt. An solchen Anlässen hat in den letzten Jahren nicht nur das Privatfernsehen systematisch gearbeitet, sondern auch die SVP. Indem sie vorgab, mit ihren direkt der privaten Mördergrube des Kleinbürgers entlehnten Themen die Anliegen der einfachen Leute ernst zu nehmen, hat sie tatsächlich nichts

anderes gemacht als die Scham, die das Schlafzimmer und den Stammtisch von der öffentlichen Sphäre trennte, zu zerstören.

Das Ende der demokratischen Atmosphäre

Nicht zu trennen ist dieser individuelle Privatisierungsschub von der Privatisierung des öffentlichen Raumes, den die neoliberale Realpolitik der SVP parallel durchgesetzt hat. Was, wenn die Befreiung des Kleinbürgers von der Scham nur der Ersatz dafür wäre, dass die Zerstörung des öffentlichen Raums diesen erst vom potentiellen Dasein eines «citoyen» oder «public men» ins alternativlose Kleinbürgerdasein gezwungen hat? Das Fallen der Hemmung jedenfalls, sich in der Öffentlichkeit authentisch, das heisst ohne Zurückhaltung, zu zeigen und das Verschwinden des öffentlichen Raums als freiem politischen Artikulationsort sind das Ende jeder demokratischen Atmosphäre. Und für solche Zustände ist dem SVP-Mann Reimann dann zuzustimmen, dass die Leute für jeden Spass – oder auch für jeden Dreck – zu haben sind.

— Rolf Bossart ist Redakteur der Zeitung «Neue Wege» und wohnt in St. Gallen. Eine Kurzvariante des Videos der «Dreckweginitiative» ist auf www.city-of-change.ch zu sehen.

ANZEIGE



RESTAURANT SOUS LE PONT, DIE BEIZ DER REITSCHULE BERN / 031 306 69 55 / SLP@REITSCHULE.CH / WWW.SOUSLEPONT.CH